

## Bekanntmachung

Die 06. Sitzung der Bürgerschaft findet am Donnerstag, den 01.10.2020 statt.  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

### Hinweis:

Die Vorgaben der aktuellen Corona-Lockerungs-LVO M-V schränken die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Sitzung ein. Um dem Informations- und Kontrollrecht der Öffentlichkeit nach Kommunalverfassung M-V zu entsprechen, besteht neben der Teilnahme von Pressevertretern die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Teil der Bürgerschaftssitzung unter folgenden Bedingungen:

- das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckung wird erbeten
- die Teilnehmerzahl ist aufgrund der Abstandsregelung begrenzt

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4 Billigung der Niederschrift der 05. Sitzung der Bürgerschaft vom 20.08.2020
- 5 Mitteilungen des Präsidenten
- 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7 Anfragen
  - 7.1 Hochzeitskutsche der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: kAF 0067/2020
  - 7.2 Statistische Angaben zu Einwohnerzahlen  
Einreicher: Jens Kühnel, AfD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0073/2020
  - 7.3 Pflege und Erhaltung St. Jürgen Friedhof  
Einreicher: Harald Runge, AfD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0074/2020
  - 7.4 Wegereinigung-Wildwuchs  
Einreicher: Bernd Buxbaum, Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: kAF 0076/2020

- 7.5 Soforthilfe für Vereine, Verbände des kulturellen, sozialen und sportlichen Bereiches  
Einreicher: Sebastian Lange, Fraktion DIE LINKE.  
Vorlage: kAF 0077/2020
- 7.6 Sanierung/Neubau der Straße Boddenweg Andershof und Beräumung der Gärten  
Einreicher: Andrea Kühl, Fraktion DIE LINKE.  
Vorlage: kAF 0078/2020
- 7.7 städtebaulicher Missstand ehemalige Gewerbeflächen (LIW) Andershof  
Einreicher: Marc Quintana Schmidt, Fraktion DIE LINKE.  
Vorlage: kAF 0079/2020
- 7.8 zur Halbinsel Devin  
Einreicher: Ute Bartel, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0081/2020
- 7.9 Stand der Planungen im Quartier 65  
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0082/2020
- 7.10 Unterstützung der Skatehalle  
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0083/2020
- 7.11 zur Warnsituation in Stralsund  
Einreicher: Heike Carstensen, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0085/2020
- 7.12 zu Wildschweinen im Stadtgebiet  
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0086/2020
- 7.13 Entwicklung Gewerbegebiet ehemalige Ölspaltanlage Stralsund  
Einreicher: Daniel Ruddies, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: kAF 0084/2020
- 7.14 Zukunft des Kaufhauses Wertheim  
Einreicherin: Friederike Fechner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0087/2020
- 7.15 Handlungsoptionen gegen die weitere Vermüllung von Stränden und Gewässern  
Einreicherin: Petra Voß, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0088/2020
- 7.16 Wirtschaftsförderung in Vorpommern  
Einreicher: Robert Gränert, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0089/2020

- 8 Einwohnerfragestunde
- 9 Anträge
- 9.1 Einrichtung eines Kur- / Bäderbetriebes in der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0146/2020
- 9.2 Beginn des Weihnachtsmarktes 2020 vorverlegen  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund, Michael Adomeit (Einzelbürgerschaftsmitglied)  
Vorlage: AN 0148/2020
- 9.3 Nutzung der Geothermie in der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0149/2020
- 9.4 Ostseeküstenradwanderweg zwischen Andershof und Devin  
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0150/2020
- 9.5 Pflasterung der Straßen in der Altstadt  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0152/2020
- 9.6 Errichtung einer Boulderwand  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0153/2020
- 9.7 zur Fertigstellung von Nord Stream 2  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0154/2020
- 9.8 Erpressung hat im Welthandel nichts zu suchen – Nord Stream 2 soll fertig gestellt werden  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0159/2020
- 9.9 zum Fütterungsverbot  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0155/2020
- 9.10 Sicherung des Werft – Standortes Stralsund  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: AN 0158/2020
- 9.11 Erweiterung/Neuerrichtung vom Sport- und Bewegungspark  
Einreicher: Mathias Miseler  
Vorlage: AN 0157/2020
- 9.12 Beschilderung der Steilküste Devins  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0151/2020

- 9.13 Einsatz von Dialog-Displays als Präventionsmaßnahme für Geschwindigkeitsüberschreitungen  
Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0160/2020
- 9.14 Bereitstellung finanzieller Mittel für die Hansetage 2028 in Stralsund  
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0161/2020
- 9.15 Berufung eines weiteren Mitglieds in den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Peter Paul, Präsident der Bürgerschaft  
Vorlage: AN 0144/2020
- 9.16 Wahl eines Vertreters in den Ausschuss für Stadtmarketing  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0156/2020
- 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 12 Behandlung von Vorlagen
- 12.1 Erste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund (Straßensondernutzungsgebührensatzung)  
Vorlage: B 0048/2020
- 12.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 23 der Hansestadt Stralsund „Möbelmärkte südlich der Werftstraße“ - Aufstellungsbeschluss und Einleitung des 6. Änderungsverfahrens für den Flächennutzungsplan der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0020/2020
- 12.3 Bebauungsplan Nr. 67 der Hansestadt Stralsund „Gelände westlich des Straßenbauamtes an der Greifswalder Chaussee, Andershof“, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
Vorlage: B 0043/2020
- 12.4 Bebauungsplan Nr. 61 der Hansestadt Stralsund -Östlich der Smiterlowstraße-, Einleitbeschluss für die 1. Änderung  
Vorlage: B 0045/2020
- 12.5 Annahme von Sachspenden der chinesischen Partnerstadt Huangshan, der Stadt Hefei, der Universität Hefei sowie des Vereins VACD  
Vorlage: B 0044/2020
- 12.6 Projektabschlussbericht "IT-Kooperation"  
Vorlage: B 0055/2020

- 12.7 Beitritt zum Zweckverband Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern (eGo-MV)  
Vorlage: B 0056/2020
- 12.8 Mehrgenerationenhaus in der Hansestadt Stralsund  
Teilnahme am Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus  
Miteinander - Füreinander 2021-2028  
Vorlage: B 0047/2020
- 12.9 Kleingartenentwicklungskonzept Teil 2 und Teil 3  
Vorlage: B 0005/2020
- 13 Verschiedenes
- 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil

#### Nichtöffentlicher Teil

- 15 Behandlung der nichtöffentlichen Angelegenheiten
  - 15.1 Anträge
  - 15.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
  - 15.3 Behandlung von Vorlagen
    - 15.3.1 Änderung/Ergänzung des Bürgerschaftsbeschlusses Nr. 2017-VI-05-0654 zur Bestellung eines Erbbaurechtes für das Grundstück der Integrativen Kindertagesstätte "Spielkiste" Frankenwall 24 f  
Vorlage: B 0025/2020
    - 15.3.2 Bestellung eines Erbbaurechtes für Grundstücke 'An der Smiterlowstraße' und 'Am Frankendamm' in der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0042/2020
    - 15.3.3 Verkauf eines Grundstücks in Stralsund, An der Werftstraße  
Vorlage: B 0051/2019
    - 15.3.4 Verkauf von Gemeinschaftseigentum in Neuendorf/Hiddensee - Beauftragung der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH  
Vorlage: B 0061/2020
    - 15.3.5 Vergabevorschlag Sanierungsträger für die Sanierungsmaßnahme "Tribseer Vorstadt"  
Vorlage: B 0046/2020
    - 15.3.6 Vergabevorschlag Stralsund "Altstadtinsel", Neubau Regionalschule Campus am Sund, Frankenhof 8, Los 2 - Erweiterter Rohbau  
Vorlage: B 0059/2020

- 15.3.7 Vergabe von Bauleistungen auf der Deponie Kedingshagen,  
Oberflächenabdeckung  
Vorlage: H 0068/2020
- 15.3.8 Vergabe von Bauleistungen zur Erneuerung des Grünhofer  
Bogens 2. BA  
Vorlage: H 0080/2020
- 15.4 Verschiedenes

#### Öffentlicher Teil

- 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung  
der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 17 Schluss der Sitzung

gez. Peter Paul  
Präsident der Bürgerschaft  
der Hansestadt Stralsund

Niederschrift  
der 05. Sitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.08.2020  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 20:30 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

**Anwesend:**

Mitglieder

Herr Michael Adomeit  
Frau Ute Bartel  
Herr Stefan Bauschke  
Herr Volker Borbe  
Herr Maik Bowitz ab 16:22 Uhr  
Herr Bernd Buxbaum  
Frau Dr. Heike Carstensen  
Frau Kerstin Chill bis 20:07 Uhr  
Frau Heike Corinth bis 20:06 Uhr  
Frau Sabine Ehlert  
Herr Frank Fanter  
Frau Friederike Fechner  
Frau Olga Fot  
Herr Robert Gränert  
Herr Mario Gutknecht  
Herr Thomas Haack  
Frau Sandra Heischkel  
Herr Maik Hofmann bis 19:45 Uhr  
Frau Anett Kindler  
Frau Andrea Kühl  
Herr Jens Kühnel bis 18:40 Uhr  
Frau Josefine Kümpers  
Herr Sebastian Lange  
Herr Michael Liebeskind  
Herr Detlef Lindner  
Herr Mathias Miseler  
Herr Peter Paul  
Herr Michael Philippen  
Herr Thoralf Pieper  
Herr Marc Quintana Schmidt  
Frau Maria Quintana Schmidt  
Herr Daniel Ruddies  
Herr Harald Runge  
Frau Birkhild Schönleiter  
Herr Thomas Schulz  
Herr Maximilian Schwarz ab 18:32 Uhr  
Herr Jürgen Suhr  
Frau Ann Christin von Allwörden  
Herr Dr. Arnold von Bosse  
Frau Petra Voß  
Herr Thomas Würdisch  
Herr Dr. med. Ronald Zabel

Protokollführer

Herr Steffen Behrendt

## **Tagesordnung:**

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4** Billigung der Niederschrift der 04. Sitzung der Bürgerschaft vom 28.05.2020
- 5** Mitteilungen des Präsidenten
- 6** Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7** Anfragen
  - 7.1** zum Lindencenter  
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion  
vertagt vom 28.05.2020  
Vorlage: kAF 0042/2020
  - 7.2** Verkehrsführung in der Johannischorstraße  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: kAF 0056/2020
  - 7.3** Erlentallee am Groß-Lüdershäger-Weg  
Einreicherin: Petra Voß, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0057/2020
  - 7.4** Hochwasserschutz im Klimawandel  
Einreicher: Friederike Fechner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0058/2020
  - 7.5** zur Online-Terminvergabe  
Einreicher: Maik Hofmann, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0059/2020
  - 7.6** zu Ferienwohnungen in der Altstadt  
Einreicher: Detlef Lindner, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0060/2020
  - 7.7** zur Holzbrücke Tribseer Wiesen  
Einreicher: Kerstin Chill, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0061/2020
  - 7.8** zur Sanierung des Weges am Moorteich, Einreicher: Thomas Haack, Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0062/2020
  - 7.9** Verbesserung des Wohnumfeldes in der Knieper Vorstadt, Knieper Nord, Knieper West und Grünhufe  
Einreicher: Sebastian Lange, Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: kAF 0063/2020

- 7.10** Homeoffice in der Stadtverwaltung?  
Einreicher: Olga Fot, Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: kAF 0064/2020
- 7.11** Erfüllung der Auflagen zum Haushalt 2020  
Einreicher: Marc Quintana Schmidt, Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: kAF 0065/2020
- 7.12** Bearbeitungsstand Anfragen bei 1. Großer Runde des Sports  
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0066/2020
- 7.13** Parkplätze Astrid Lidngren Schule  
Einreicher: Heike Corinth, CDU/FDP Fraktion  
Vorlage: kAF 0071/2020
- 7.14** Bauruinen in der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP Fraktion  
Vorlage: kAF 0072/2020
- 7.15** Bauruine an der Friedrich-Wolf-Straße  
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0069/2020
- 7.16** Zustand der Stadtteiche  
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0068/2020
- 7.17** Digitale Bürgerbeteiligung in Stralsund  
Einreicher: Robert Gränert, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: kAF 0070/2020
- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Anträge
- 9.1** Absenken der Bordsteine im Elisabethweg 12a/12b  
Einreicherin: Sandra Heischkel, Fraktion AfD  
Vorlage: AN 0104/2020
- 9.2** den St. Jürgen Friedhof wieder in einen gepflegten Zustand zubringen  
Einreicher: Fraktion AfD  
Vorlage: AN 0106/2020
- 9.3** Errichtung einer Wasserstofftankstelle  
Einreicher: Bernd Buxbaum als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben  
Vorlage: AN 0105/2020
- Änderungsantrag zu TOP 9.3 / AN 0105/2020 "Wasserstofftankstelle"  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0147/2020

- 9.4** Schutz des Freibades vor Vandalismus  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0112/2020
- 9.5** Anlegeverbot für Greenpeace-Schiffe  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0113/2020
- 9.6** Mittel aus dem Masterplan „Stadtnatur“ beantragen  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0110/2020
- 9.7** Artenvielfalt fördern, Naturräume in der Stadt schaffen  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0111/2020
- 9.8** Prüfung eines weiteren barrierefreien Wasserzugangs am Stralsunder Strandbad  
Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0114/2020
- 9.9** Startgebühren Triathlon  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0119/2020
- 9.10** zum Austritt der HST als Gesellschafter der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern GmbH,  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund, Fraktion CDU/FDP, Einzelbürgerschaftsmitglied Michael Adomeit  
Vorlage: AN 0130/2020
- 9.11** zum Fütterungsverbot von Möwen, Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0135/2020
- Änderungsantrag zu TOP 9.11 Fütterungsverbot von Möwen  
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP Fraktion  
Vorlage: AN 0145/2020
- 9.12** zum Verkehr Am Fischmarkt, Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0136/2020
- 9.13** Änderung einer Fußgänger-und Fahrradzone im Bereich Wasserstraße Ecke Fischmarkt, in eine reine Fußgängerzone  
Einreicher:AfD Fraktion  
Vorlage: AN 0139/2020
- 9.14** Aktualisierung der Satzungen und Verordnungen des Ortsrechts  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0131/2020

- 9.15** Winterdienst für die Straßenflächen  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0132/2020
- 9.16** Maßnahmen gegen Vandalismus in der Stadt  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0109/2020
- 9.17** Fahrradstraße zwischen Hansagymnasium und Brücke  
Langenkanal  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE  
PARTEI  
Vorlage: AN 0142/2020
- 9.18** 30 km/h für ein Teilstück des Frankendamms  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE  
PARTEI  
Vorlage: AN 0143/2020
- 9.19** Wahl eines Mitglieds in den Hauptausschuss  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0116/2020
- 9.20** Wahl eines Vertreters in den Hauptausschuss  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0117/2020
- 9.21** Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Finanzen und  
Vergabe  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0133/2020
- 9.22** Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für  
Finanzen und Vergabe  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0134/2020
- 9.23** Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Bau, Umwelt,  
Klimaschutz und Stadtentwicklung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0118/2020
- 9.24** Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Wirtschaft,  
Tourismus und Gesellschafteraufgaben  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0124/2020
- 9.25** Wahl eines Mitglieds in den Kulturausschuss  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0121/2020
- 9.26** Wahl eines Vertreters in den Kulturausschuss  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0128/2020

- 9.27** Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0122/2020
- 9.28** Wahl eines Vertreters in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0129/2020
- 9.29** Wahl eines Vertreters in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0123/2020
- 9.30** Wahl eines Mitglieds in den Bildungsausschuss  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0127/2020
- 9.31** Wahl eines Mitglieds in den Rechnungsprüfungsausschuss  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0120/2020
- 9.32** Wahl eines Mitglieds in den Rechnungsprüfungsausschuss  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0125/2020
- 9.33** Wahl eines Vertreters in den Rechnungsprüfungsausschuss  
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0126/2020
- 9.34** Wahl eines Mitglieds in den Betriebsausschuss  
Einreicher: AfD Fraktion  
Vorlage: AN 0137/2020
- 9.35** Bestellung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat Stralsunder Innovations- und Consult GmbH  
Einreicher: AfD Fraktion  
Vorlage: AN 0138/2020
- 9.36** Bestellung eines Mitglieds in den Verwaltungsrat Stralsunder Werkstätten gGmbH  
einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0115/2020
- 10** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11** Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 12** Behandlung von Vorlagen
- 12.1** Vierzehnte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: B 0017/2020

- 12.2** 1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund um die inkommunalisierten Flächen des Strelasundes und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss  
Vorlage: B 0035/2020
- 12.3** Vereinsbeitritt Arbeitsgemeinschaft für fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommunen Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Vorlage: B 0019/2020
- 12.4** Annahme einer Sachspende an den Zoo Stralsund i.H.v. 1.284,00 €  
Vorlage: B 0013/2020
- 13** Verschiedenes
- 14** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil
- 16** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 17** Schluss der Sitzung

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Einleitend bittet der Präsident die Mitglieder der Bürgerschaft wiederum, Redebeiträge nach Möglichkeit vom Platz aus zu halten.

Im Interesse einer zeitnahen Nachvollziehbarkeit der Beratungen und Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger wird in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister der öffentliche Teil der Sitzung als Stream auf der Internetseite der Hansestadt Stralsund zur Verfügung gestellt. Herr Paul geht davon aus, dass keine Einwände seitens der Mitglieder der Bürgerschaft dagegen bestehen.

Zudem teilt der Präsident mit, dass die Mitglieder der Bürgerschaft, Frau Sonja Steffen und Herr Hendrik Lastovka, ihre Mandate in der Bürgerschaft, in sämtlichen Ausschüssen und Aufsichtsgremien niedergelegt haben.

Für ihr engagiertes kommunalpolitisches Wirken dankt Herr Paul Sonja Steffen und Hendrik Lastovka an dieser Stelle sehr herzlich und wünscht ihnen für die zukünftigen Aufgaben und persönlich alles Gute.

Nachgerückt sind als neue Mitglieder der Bürgerschaft:

für Frau Sonja Steffen	-	Herr Thomas Würdisch
für Herrn Hendrik Lastovka	-	Herr Daniel Ruddies

Herr Würdisch hat das Mandat angenommen und gleichzeitig mitgeteilt, der SPD-Fraktion beizutreten.

Herr Ruddies hat das Mandat angenommen und gleichzeitig mitgeteilt, der CDU/FDP-Fraktion beizutreten.

Für die neuen Aufgaben wünscht Herr Paul bestes Gelingen und verpflichtet beide Nachrücker gem. § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung M-V auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Nachfolgend stellt der Präsident die ordnungsgemäße Ladung fest und gibt bekannt, dass zu Beginn der Sitzung 40 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Während der Bürgerschaftssitzung finden Film- und Tonaufnahmen statt.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

## **zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Herr Suhr beantragt, den TOP 9.17 auf TOP 9.12 vorzuziehen. Er begründet dies mit dem sachlichen Zusammenhang und dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion zum bisherigen TOP 9.12.

Der Oberbürgermeister zeigt an, dass zum TOP 15.3.7 eine Ergänzung eingebracht wird.

## **zu 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung**

Der Präsident lässt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI, den TOP 9.17 auf TOP 9.12 vorzuziehen, wie folgt abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0284

Die Protokollierung bleibt davon unberührt.

Abschließend stellt Herr Paul die vorliegende Tagesordnung einschließlich der beschlossenen Änderung wie folgt zur Abstimmung:

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0285

#### **zu 4 Billigung der Niederschrift der 04. Sitzung der Bürgerschaft vom 28.05.2020**

Herr Buxbaum erläutert den von ihm eingereichten Einwand gegen die Niederschrift der 04. Bürgerschaftssitzung vom 28.05.2020.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über den Einwand wie folgt abstimmen:

Der vorletzte Absatz von Seite 26 ist durch folgende Formulierung zu ersetzen:

„Herr Buxbaum weist den Präsidenten darauf hin, dass nach der Geschäftsordnung § 15 (2) Punkt 8 „Antrag auf Schluss der Aussprache“ ein Antrag auf Ende der Diskussion nicht von Bürgerschaftsmitgliedern gestellt werden kann, die sich bereits zur Sache geäußert haben.

Dieser Hinweis wird vom Präsidenten als nicht stimmig abgewiesen.

Herr Buxbaum mahnt den Präsidenten erneut an, entsprechend der Geschäftsordnung zu handeln.“

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0286

Abschließend stellt der Präsident die Niederschrift der 04. Sitzung der Bürgerschaft vom 28.05.2020 mit der genannten Änderung wie folgt zur Abstimmung:

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0287

#### **zu 5 Mitteilungen des Präsidenten**

Der Präsident der Bürgerschaft teilt wie folgt mit:

Mit Posteingang vom 22.06.2020 liegt der Tätigkeitsbericht des Welterbe-Beirates der Hansestadt Stralsund für das Jahr 2019 vor.

Das wiederum breite Spektrum der Themen, die durch den Welterbe-Beirat beraten, begleitet oder umgesetzt worden sind, wird nicht zuletzt anhand der im Bericht dargestellten Aktivitäten deutlich.

Der Tätigkeitsbericht liegt den Fraktionen und Einzelbürgerschaftsmitgliedern vor, Herr Paul bittet um entsprechende Kenntnisnahme.

An dieser Stelle spricht der Präsident den ehrenamtlichen Mitgliedern seinen besonderen Dank für ihre Tätigkeit in diesem Beirat aus.

Gemäß Schriftsätzen der Verwaltung ist die Umsetzung von Beschlüssen der Bürgerschaft bekannt gegeben worden. Dies betrifft die folgenden Beschlüsse:

#### Verkaufsoffene Sonntage nachholen (2020-VII-04-0261)

- Gemäß Allgemeinverfügung des Oberbürgermeisters vom 08.06.2020 sind zwei weitere verkaufsoffene Sonntage, der 30.08. und der 20.09.2020, freigegeben

#### Gastronomische Freiflächen (2020-VII-04-0258)

- Als Prüfergebnis einer möglichen Befreiung von der Sondernutzungsgebühr wird der Beschluss einer Änderungssatzung vorgeschlagen.
- Diese wird kurzfristig der Bürgerschaft vorgelegt werden, eine Deckungsquelle ist vorhanden.

#### Sicherung der wertvollen Bestände des Stadtarchivs (2012-V-08-0819)

- Nach umfangreichen Arbeiten in den vergangenen siebeneinhalb Jahren bei regelmäßiger Information an den zuständigen Ausschuss und letzten Tätigkeiten bis zum Ende dieses Jahres sind alle beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung der Bestände beendet.

#### Rettungsfonds für Städte und Gemeinden (2020-VII-04-0264)

- Auf das entsprechende Schreiben des Oberbürgermeisters an die Ministerpräsidentin des Landes MV liegt die Antwort vor, in der auf das Vorhaben von Bund und Land hingewiesen wird, Mittel für die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns in Höhe von 120 Mio. € als Kompensation von Steuerausfällen auszureichen.
- Die Mittel sollen noch in 2020 zur Verfügung gestellt werden.

#### Sommeröffnung Stralsunder Sportstätten (2020-VII-04-0263)

- In Abstimmung mit den Vereinen sind die verfügbaren Flächen zur Verfügung gestellt worden.

#### Erhöhung von Bußgeldern (2019-VII-05-0167)

- Die Angemessenheit der Bußgelder für häufige Ordnungsverstöße wurde geprüft und angepasst.

#### Planungsquartiersmanagement (2019-VI-02-0939)

- Es wurde ein Leitfaden zum Quartiersmanagement erstellt, der in den Ausschüssen Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung, Sicherheit und Ordnung sowie Familie, Soziales und Gleichstellung beraten werden wird.

#### Fassadenillumination (2020-VII-01-0196)

- Im Ergebnis der Prüfung der Umsetzbarkeit wird festgestellt, dass nur vereinzelt Gebäudeflächen in Betracht kommen würden, aufgrund der erheblichen Kosten ist eine Umsetzung derzeit jedoch nicht in Aussicht zu stellen.

#### Öffnung von Schulen und Kindertagesstätten (2020-VII-VII-04-0262)

- Entsprechend den Vorgaben der Bürgerschaft wurde das Anliegen den zuständigen Landesministerien umgehend zur Kenntnis gegeben.

Aus den Fachausschüssen zu verwiesenen Sachanträgen gibt es folgende Sachstände:

#### Wasserstofftankstelle (2019-VI-03-0965)

- Die Thematik wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafterangelegenheiten intensiv beraten.
- Das Vorhaben wird begrüßt, ein entsprechender modifizierter Antrag aus dem Ausschuss heraus liegt zur Beschlussfassung vor.

Förderung der Festspiele M-V (2020-VII-01-0201)

- Das Anliegen wurde im Kulturausschuss beraten mit dem Ergebnis, den Antrag nicht weiterzuverfolgen.

Geschwindigkeitsvorgaben Garbodenhagen (2018-VI-06-0816)

- Die Thematik wurde im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung beraten.
- Unter Berücksichtigung der durch die Verwaltung umgesetzten Maßnahmen wird das Anliegen als erledigt angesehen.

Die Schriftsätze zu den vorgenannten Informationen liegen den Mitgliedern der Bürgerschaft vor. Herr Paul bittet um Kenntnisnahme, die Beschlüsse sind entsprechend umgesetzt.

Abschließend gibt Herr Paul folgende Mandatsniederlegungen bekannt:

Herr Klaus Winter  
als Stellvertreter im Ausschuss für Finanzen und Vergabe

Herr Stefan Roscher  
als Stellvertreter im zeitweiligen Ausschuss Stadtmarke

Herr Maximilian Schwarz  
als Vertreter im Hauptausschuss

Herr Volker Borbe  
als Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafterangelegenheiten

Herr Henrik Gotsch  
als Vertreter im Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Kerstin Friesenhahn  
als Vertreterin im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

Herr Thomas Würdisch  
als Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Vergabe

und Herr Harald Runge  
als Mitglied im Betriebsausschuss sowie als Mitglied im Aufsichtsrat der SIC GmbH

## **zu 6            Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Der Oberbürgermeister teilt wie folgt mit:

### Straßenreinigung

Gemäß Beschluss 2019–VII-05-0186 hat die Hansestadt Stralsund den Abfallwirtschaftsvertrag mit der Fa. Nehlsen zum 30.04.2021 gekündigt. Sowohl aus wirtschaftlichen Gründen als auch aus betrieblichen Gründen ist für die Zeit ab dem 01.05.2021 vorgesehen, dass die Hansestadt Stralsund die Aufgaben der Straßenreinigung selbst wahrnimmt. Die Aufgabe soll dem Amt Bauhof zugeordnet werden, die erforderlichen Planstellen und finanziellen Mittel zur Durchführung der Straßenreinigung wurden im Haushalt bereits eingeordnet.

## Stadtradeln 2020

Am gestrigen Mittwoch startete das diesjährige Stadtradeln der Hansestadt Stralsund.

Bereits zum 6. Mal beteiligt sich Stralsund an der bundesweiten Aktion des Klima-Bündnis. Über 1.400 Kommunen in Deutschland sind insgesamt in diesem Jahr dabei. Die fällige Teilnahmegebühr wird auch in diesem Jahr vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V übernommen.

Ziel der Aktion ist es, an 21 aufeinander folgenden Tagen, also bis zum 08.09., möglichst viele Alltagswege klimafreundlich mit dem Fahrrad zurückzulegen. Jeder Kilometer zählt, ob der Weg zur Arbeit, als Dienstfahrt oder die private Radtour, da dadurch das Auto stehen bleibt.

Zum Auftakt wurde gestern vom Kooperationspartner ADFC eine Auftakttour mit zwei alternativen Routen am Wasser entlang angeboten, bei der sich auch Mitglieder des Organisationsteams der Deutschland Tour unter die Teilnehmer mischten.

In diesem Jahr werden die aktivsten Teams bei den Schulen sowie bei den teilnehmenden Unternehmen/Vereinen/Institutionen Stralsunds gesucht und nach Abschluss prämiert. Auch die Stadtverwaltung ist mit einem eigenen Team am Start und führt einen internen Wettbewerb durch. Die Fraktionen der Bürgerschaft können sich gern noch der Aktion anschließen und sich anmelden.

Der Oberbürgermeister empfiehlt, die Gelegenheit zu nutzen, in Stralsund den Radverkehr zu fördern, etwas für die eigene Gesundheit/Fitness zu tun und einen kleinen Beitrag für den Klimaschutz durch den Verzicht auf das Auto zu leisten. Anmeldungen sind auch jetzt noch möglich. Der Stadtradel-Koordinator und Klimaschutzbeauftragte Stephan Latzko steht für Fragen zur Anmeldung gern zur Verfügung.

## Stralsunder Kultursommer

Bevor es Herbst wird, kommt der "Stralsunder Kultursommer". Angesichts der schwierigen Situation der Stralsunder Veranstaltungsbranche hat die Verwaltung überlegt, wie Formate entwickelt werden können, um ein kleines feines Kulturangebot zu schaffen.

Vom 22. August bis 27. September organisieren deshalb Akteure aus der Veranstaltungsbranche, Künstler, Schausteller und die Stadtverwaltung ein Programm mit insgesamt sechs Veranstaltungen. Den Auftakt macht am kommenden Sonnabend das Konzert „Sommer-Rock am Sund“ auf der Mahnkeschen Wiese. Es folgt am 2. September „Sommer-Klassik auf dem Hof“ in St. Annen und Brigitten. Am 5. September laden Stralsunder Tanzvereine zum "Sommer-Tanz auf dem Markt". Am 18. September findet das „Sommer-Lich(t)“ am Hafen statt. Der Küstenkosmos macht Station auf der Hansa-Wiese am 12. und 13. September und den Abschluss des Kultursommers bildet das Erntedankfest am 27. September auf dem Alten Markt. Auch zu diesen Veranstaltungen lädt der Oberbürgermeister herzlich ein.

## Stralsunder Orgeltage

Am 19. September wird die Jakobi-Orgel in der Kulturkirche geweiht. Ein großes Vorhaben kommt damit zu seinem Abschluss und die Vision der "Orgelstadt Stralsund" nimmt Gestalt an. Aus Anlass der Orgelweihe erklingen erstmals in einer ganzen Festwoche alle drei Orgeln in den drei großen Kirchen in Konzerten und Matineen, bei Orgelnacht und Stummfilm, begleitet von Chor oder Sologesang, in Formaten für Kinder und Erwachsene.

Die Organisten von St. Marien, St. Nikolai und das Kreisdiakonische Werk veranstalten gemeinsam mit dem Kulturamt vom 19. bis 27. September die ersten Stralsunder Orgeltage. Sie haben ein Programm zusammengestellt, das zeigt, welches Repertoire auf den drei Instrumenten künftig möglich ist und welche Anziehungskraft Stralsund mittlerweile in der Orgelwelt besitzt. So konnten Musiker aus Schweden, Polen, Frankreich und aus vielen Orten in Deutschland für die Stralsunder Orgeltage gewonnen werden. Im Foyer des Rathauses liegen Flyer mit dem gesamten Veranstaltungsprogramm zur Mitnahme aus.

## Deutschland Tour

Eigentlich wäre heute die große Deutschland Tour von Stralsund aus gestartet. Wie bekannt, ist das Sportevent auf das kommende Jahr verschoben. Mit einem kleinen Format hat das große deutsche Radrennen dennoch heute Station in Stralsund gemacht. Unter dem Motto "Dein Ride" sind Hobbyradsportler gemeinsam mit den Ex-Profis Fabian Wegmann, Jens Voigt und Johannes Fröhlinger auf die Strecke der Deutschland Tour 2021 gegangen. Dafür wurde heute auf dem Alten Markt die Startflagge geschwenkt und die Radsportler wurden nach Schwerin verabschiedet. Dies ist sicher kein Ersatz für das ganz große Rennen, aber ein Zeichen, dass Radsport unter bestimmten Rahmenbedingungen wieder möglich ist und ein wirklich toller Vorgeschmack auf das kommende Jahr.

### **zu 7      Anfragen**

#### **zu 7.1      zum Lindencenter Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion vertagt vom 28.05.2020 Vorlage: kAF 0042/2020**

Anfrage:

1. Wie beurteilt die Verwaltung den baulichen Zustand des Lindencenters und dessen Umgebung?
2. Wie ist der aktuelle Stand zu den benannten Verhandlungen mit dem Eigentümer des Lindencenters aus der Antwort zur Anfrage kAF 0150/2018 aus Dezember 2018?

Frau Gessert antwortet wie folgt:

zu 1.:

Das Lindencenter wurde 2017 von der Deutschen Konsum REIT-AG aus einer Insolvenzverwaltung erworben mit dem Ziel einer Revitalisierung. Diese zielt auf die Gebäudenutzung und bezieht auch die Gestaltung der Grundstücksflächen mit ein. Bereits frühzeitig wurden dazu Gespräche zwischen dem Eigentümer und der Stadt aufgenommen.

Die wesentliche Bedingung für eine wirtschaftlich tragfähige und damit erfolgreiche Revitalisierung des Centers ist aus Sicht des Eigentümers die Ansiedlung eines neuen Ankermieters im Bereich Lebensmitteleinzelhandel. Dieser sichert eine deutliche Verbesserung des Branchenmixes im Center und kann die Funktion eines Magnetbetriebes übernehmen. Die Stärkung der Nahversorgung im Stadtteil Grünhufe steht im Interesse der Bewohner und befördert eine positive Entwicklung im Stadtteil. Auch folgt sie den Vorschlägen des Regionalen Einzelhandelskonzeptes für den Stadt-Umland-Raum Stralsund.

Im weiteren Umfeld des Lindencenters soll der weitere Ausbau des Berufsschulcampus Stralsund erfolgen. Der Landkreis Vorpommern Rügen plant den Neubau einer Sporthalle, zwei neue Gebäude für die Bereiche Sozialwesen, Wirtschaft und Verwaltung sowie eine an den künftigen Gesamtbedarf angepasste Stellplatzanlage.

Der Bebauungsplan 39 "Wohngebiet westlich der Lindenallee, Freienlande" wird Baurecht für ca. 95 Einfamilienhäuser und 8 Mehrfamilienhäuser schaffen. Erschließungsträger hierfür ist die LEG. Diese möchte im nächsten Jahr mit den Erschließungsmaßnahmen beginnen.

zu 2.:

Im Ergebnis aller Bemühungen soll jetzt ein Norma-Markt im Center angesiedelt werden. Dafür sind bauliche Veränderungen notwendig. Zum Bauantrag vom April 2020 werden noch Abstimmungen mit dem Eigentümer und mit Norma geführt.

Ziel des Center-Eigentümers ist zunächst eine möglichst vollflächige, neu geordnete Ausnutzung der Erdgeschosszone mit Läden. Für das Obergeschoss sollen später ergänzende Dienstleister, insbesondere des Gesundheitssektors, gewonnen werden.

Herr Miseler dankt für die Ausführungen. Er erkundigt sich nach der beabsichtigten Parkplatzneuordnung an dem Standort.

Frau Gessert bestätigt die Notwendigkeit, die Parkplätze des Centers aufgrund zusätzlicher Verkaufsflächen neu zu ordnen. Aktuell wird eruiert, inwieweit die öffentlichen Stellplätze vor dem Center anrechnungsfähig sind, so dass ausreichend Parkflächen zur Verfügung stehen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.2      Verkehrsführung in der Johannischorstraße**  
**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**  
**Vorlage: kAF 0056/2020**

Anfrage:

Wie ist die Verkehrsführung in der Johannischorstraße geregelt?

Herr Bogusch beantwortet die Frage wie folgt:

Die Johannischorstraße ist eine Einbahnstraße vom Fährwall in Richtung Seestraße. Zur Verbesserung der Verkehrssituation bei einem Rückstau am Parkhaus Am Hafen wurde vor der Sommersaison 2018 die Einbahnstraßenregelung in der Seestraße zwischen Johannischorstraße und Fährstraße aufgehoben.

Die Seestraße ist nur noch zwischen Fährwall und Johannischorstraße Einbahnstraße mit „Linienverkehr und Einsatzfahrzeuge frei“.

Damit sind aus der Johannischorstraße kommend sowohl das Links- als auch das Rechtsabbiegen für alle Kfz- und auch Radfahrende erlaubt. Insofern fehlt auch kein Verkehrszeichen.

Herr Adomeit merkt an, dass Fahrzeuge auch ohne Rückstau am Parkhaus rechts abbiegen. Er hält dies für problematisch.

Herr Bogusch merkt an, dass ein Verkehrszeichen „Achtung Gegenverkehr“ aufgestellt wurde, um auch auf die Regelung aufmerksam zu machen. Das Verkehrsaufkommen hält er für eher gering.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.3 Erlenallee am Groß-Lüdershäger-Weg**  
**Einreicherin: Petra Voß, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: kAF 0057/2020**

Anfrage:

1. Im Rahmen eines Ortstermins am Groß-Lüdershäger-Weg in Stralsund signalisierten Vertreter der Verwaltung, dass mit der Unteren Naturschutzbehörde Kontakt aufgenommen werden solle, um die Möglichkeit einer Ausnahme vom Alleenschutz im Rahmen einer potenziellen Straßenausbaumaßnahme zu erlangen.

Zu welchen Ergebnissen hat dies bisher geführt?

2. Die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises und die Hansestadt Stralsund als Baulastträger führen regelmäßig sog. Alleenschauen durch. Wie oft ist dies in den letzten fünf Jahren für die Allee am Groß-Lüdershäger-Weg erfolgt und zu welchen Ergebnissen hat dies geführt?
3. Berücksichtigt die Verwaltung im Falle von Nachpflanzungen oder Neuanpflanzungen im Bereich der Allee am Groß-Lüdershäger-Weg, dass standortgerechte Neuanpflanzungen von anderen Baumarten möglich sind und damit ggf. mittel- und langfristig den Interessen der Anwohner entsprochen werden kann?
  - Wenn ja, wie wird dies konkret umgesetzt?

Herr Bogusch beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

zu 1.:

Im Gespräch mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem NABU wurde festgestellt, dass im Zusammenhang mit einem Straßenausbau aus Sicht der UNB und des NABU eine Fällung in Verbindung mit Ersatzpflanzungen gerechtfertigt scheint.

Ein Antrag auf Erteilung einer Ausnahme und Befreiung von den Verboten zum Gehölzschutz gemäß Naturschutzausführungsgesetz M-V kann aber erst mit einem Landschaftspflegerischen Fachbeitrag, der zwingend notwendige Eingriffe in den Wurzelbereich aufzeigt, gestellt werden. Im Rahmen der Verbandsbeteiligung können die Naturschutzverbände, wie der NABU, dann zustimmen.

zu 2.:

Die Hansestadt Stralsund ist Straßenbaulastträger im Groß Lüdershäger Weg. Damit ist die Hansestadt Stralsund verantwortlich für die Verkehrssicherheit der Alleebäume. Spezielle Alleenschauen werden nicht durchgeführt. Die Alleebäume werden wie auch die übrigen Straßenbäume von zertifizierten Baumkontrolleuren der Hansestadt Stralsund regelmäßig auf ihre Verkehrssicherheit überprüft. Die UNB wird nur situationsbezogen in eine „Baumschau“ eingebunden. Der Fall Groß Lüdershäger Weg wurde mehrfach bei der UNB auch bei Ortsterminen vorgestellt.

Die Alleebäume im Groß Lüdershäger Weg werden jährlich auf ihre Verkehrssicherheit kontrolliert. Die Baumkontrollen zeigen, dass die Bäume vital sind, so dass weder die Fällung der gesamten Alleebäume, noch Einzelfällungen genehmigt werden können.

zu 3.:

Im Fall einer Neupflanzung werden standortgerechte Bäume in Abhängigkeit einer neuen Straßenraumaufteilung gewählt.

Frau Voß erfragt, ob ein Straßenausbau geplant ist. Sie verweist auf mögliche Einschränkungen der Verkehrssicherheit durch aufragende Wurzeln.

Herr Bogusch teilt mit, dass bisher keine konkreten Planungen vorliegen.

Zur Beantwortung der 1. Frage hinterfragt Herr Suhr, wie die Zustimmung der UNB und des NABU dokumentiert ist.

Herr Bogusch erklärt, dass beide Institutionen es für vorstellbar halten, dass im Ergebnis des Landschaftspflegerischen Gutachtens die Baumbestände nicht gehalten werden können und Ersatzpflanzungen vorgenommen werden. Er stellt jedoch klar, dass es zuvor einer Untersuchung des Wurzelbereiches bedarf. Eine schriftliche Dokumentation liegt nicht vor.

Auf Nachfrage von Herrn Suhr führt Herr Bogusch aus, dass Straßenausbaumaßnahmen durchgeführt werden, um die Verkehrssicherheit zu erhalten bzw. herzustellen. Motivation ist nicht das Fällen von Alleen. Im Groß Lüdershäger Weg konnte ein sofortiger Handlungsbedarf nicht festgestellt werden.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.4 Hochwasserschutz im Klimawandel**  
**Einreicher: Friederike Fechner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: kAF 0058/2020**

Anfrage:

1. Was hat die Stadtverwaltung bisher konkret unternommen, um auf den zu erwartenden klimabedingten Anstieg des Meeresspiegels in den nächsten Jahrzehnten angemessen und frühzeitig zu reagieren?
2. Wie ist der Stand der Gespräche der Verwaltung mit Bundes- und Landesebene sowohl auf sachinhaltlicher Ebene wie auch in Bezug auf mögliche Förderungen?
3. Welche Kosten kommen nach heutigem Stand auf die Hansestadt Stralsund zu und inwieweit beteiligen sich Bund und Land an diesen Kosten?

Frau Gessert beantwortet die Fragen im Zusammenhang wie folgt:

Aufgrund der überregionalen Relevanz ist der Küstenschutz eine im Grundgesetz verankerte Gemeinschaftsaufgabe, an deren Finanzierung sich der Bund und die Küstenländer beteiligen. Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz ist als oberste Wasserbehörde des Landes an zentraler Stelle für den Küstenschutz zuständig. Die Steuerung des Küstenschutzes erfolgt auf der Grundlage des sog. Generalplans Küsten- und Hochwasserschutz, der vom Regelwerk Hochwasserschutz in MV abgelöst wurde. Dieses enthält die Maßnahmenplanung des Landes zu Hochwasserschutzanlagen bis 2030 einschließlich der erforderlichen Vorgaben für deren Bemessung. Es handelt sich dabei um eine Planungsaufgabe in der Zuständigkeit des Landes.

Das Land plant in der Hansestadt Stralsund keine Küstenschutzanlagen. Entsprechend gibt es derzeit dazu keine Gespräche mit Bundes- und Landesbehörden.

Auf kommunaler Planungsebene sind die Vorgaben des Landes zum Küstenschutz zu berücksichtigen. So sind die bei Hochwasser überflutungsgefährdeten Bereiche im Flächennutzungsplan gekennzeichnet. Hier sind bauliche Entwicklungen für schutzbedürftige Nutzungen möglichst auszuschließen.

Im Rahmen von Bebauungsplanverfahren benennt das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt die im Hinblick auf den Küstenschutz relevanten Belange, die bei der Planung zu berücksichtigen sind. Dieses betrifft beispielsweise den langfristigen Küstenrückgang.

In gewachsenen Ortsteilen mit Bestandsbebauung und vorhandenem Baurecht, die von Überflutungsgefahr betroffen sind, liegt es in der Verantwortung des jeweiligen Eigentümers/ Bauherren, die notwendigen baulichen oder sonstigen Schutzmaßnahmen vorzusehen. Im Rahmen der Bauberatung wird darauf hingewiesen.

In Stralsund betrifft dieses das Bauen auf den der Altstadt vorgelagerten Hafeninseln. Mit der jetzt geplanten und vorbereiteten baulichen Entwicklung der Quartiere 65 und 68 wird sich die Situation in diesem Küstenabschnitt deutlich verändern. Sowohl diese Vorhaben als auch die mehrfachen Abbrüche von Steilküstenabschnitten im südlichen Stadtgebiet bieten einen Anknüpfungspunkt, mit dem Land über eventuelle Küstenschutzmaßnahmen zu sprechen.

Frau Fechner dankt für die Beantwortung.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.5      zur Online-Terminvergabe**  
**Einreicher: Maik Hofmann, Fraktion Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: kAF 0059/2020**

Anfrage:

1. Seit wann und weshalb funktioniert die Online-Terminvergabe im KFZ-Bereich nicht mehr?
2. Wann ist mit einer dauerhaften Wiederinbetriebnahme zu rechnen?
3. Müssen Kunden, die ihr KFZ anmelden wollen, bis drei Wochen auf einen Termin warten?

Herr Tanschus antwortet wie folgt:

zu 1.:

Um die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV 2 einzudämmen, wurde am 17. März dieses Jahres der reguläre, offene Publikumsverkehr im Ordnungsamt eingestellt. Die Abarbeitung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wurde durch eine Terminvergabe gesteuert. Diese Maßnahme war erforderlich, um für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, dass diese auch den erforderlichen Mindestabstand bei ihrem Besuch im Ordnungsamt einhalten können. In diesem Zusammenhang wurden die Online-Terminvergaben für die Bereiche Kfz-Zulassung und Meldewesen abgeschaltet. Die Online-Terminreservierung erfolgt pauschalisiert. Derzeit werden Termine telefonisch vergeben. So ist es möglich, den Zeitbedarf möglichst genau abzuschätzen und die Termine so eng wie möglich zu vergeben und somit möglichst viele Anliegen bearbeiten zu können.

zu 2.:

Wie sich aus der Antwort zu Frage 1. ergibt, kann eine Wiederinbetriebnahme der Online-Terminvergabe wahrscheinlich erst erfolgen, wenn das Coronavirus soweit eingedämmt ist, dass Kontaktregeln – wie eben der einzuhaltende Mindestabstand – nicht mehr erforderlich sind.

zu 3.:

Nein. Durch eine geänderte Verfahrensweise in den Abfertigungsabläufen, durch den Einsatz einer zusätzlichen Mitarbeiterin und einer deutlichen Erweiterung der Öffnungszeiten in der Kfz-Zulassungsstelle werden derzeit Termine innerhalb von maximal sieben Tagen vergeben. Möglich ist dies insbesondere durch das sehr, sehr hohe Engagement der Kolleginnen und Kollegen der Kfz-Zulassungsstelle.

Herr Hofmann begrüßt die positive Entwicklung hinsichtlich der Wartezeit. Er erkundigt sich, ob eine vereinfachte Online-Zulassung möglich ist.

Herr Tanschus weist darauf hin, dass im Interesse einer engen Taktung des Besucherverkehrs die Anliegen genau bestimmt werden müssen. Dies lässt sich im direkten Kontakt am besten ermitteln.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.6      zu Ferienwohnungen in der Altstadt**  
**Einreicher: Detlef Lindner, Fraktion Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: kAF 0060/2020**

Anfrage:

1. Wie kontrolliert die Verwaltung die Einhaltung des Verbotes zur Errichtung von Ferienwohnungen?
2. Durch wen und in welchen zeitlichen Abständen werden die Kontrollen durchgeführt?
3. Gab es bereits Beanstandungen?

Herr Wohlgemuth antwortet wie folgt:

Die Umnutzung einer Wohnung in eine Ferienwohnung ist genehmigungspflichtig. Verstöße können durch Nutzungsuntersagung und Verhängung eines Bußgeldes geahndet werden.

Eine illegale Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen wird bei der Bauaufsicht in seltenen Fällen durch betroffene Nachbarn zur Anzeige gebracht, die sich durch An- und Abreise bzw. durch das Verhalten von Feriengästen gestört fühlen. Bisher befanden sich darunter keine Gebäude, für die eine solche Nutzung auf Grundlage eines Kaufvertrags oder Modernisierungsvertrags mit der Stadt ausgeschlossen wurde.

Eine vorsorgliche Kontrolle würde die Begehung von Privatwohnungen erfordern und wäre ohne konkreten Anlass bzw. Verdachtsmoment unverhältnismäßig.

Herr Lindner dankt für die Ausführungen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.7      zur Holzbrücke Tribseer Wiesen**  
**Einreicher: Kerstin Chill, Fraktion Bürger für Stralsund**  
**Vorlage: kAF 0061/2020**

Anfrage:

1. Wie ist der Sachstand bei der defekten Holzbrücke in den Tribseer Wiesen?
2. Wann ist mit einer Sanierung bzw. kurzfristigen Instandsetzung zu rechnen?

Herr Bogusch beantwortet die Fragen wie folgt:

zu 1.:

Nach Meldung der Schäden Ende Mai 2020 wurde umgehend am 04.06.2020 eine Sperrung der Brücke mit haltbaren Absperrgittern veranlasst. Zwischenzeitlich erfolgte durch den Bauhof eine Entfernung des Wildwuchses rechts und links der Brücke, um eine handnahe Begutachtung aller Bauteile zu ermöglichen. Diese fand am 28.07.2020 statt und ergab, dass alle Holzbauteile ausgewechselt werden müssen.

zu 2.:

Am 31.07.2020 wurde einer ortsansässigen Firma der Auftrag zur Reparatur erteilt, die Umsetzung erfolgt kurzfristig bis Anfang Oktober 2020.

Frau Chill hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.8 zur Sanierung des Weges am Moorteich, Einreicher: Thomas Haack,  
Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: kAF 0062/2020**

Anfrage:

1. Wann ist mit dem Beginn der Sanierung des Weges am Moorteich zwischen Friedrich-Engels-Straße und Vogelwiese zu rechnen?
2. Erfolgt mit der Sanierung gleichzeitig die Installation der Beleuchtung?

Herr Bogusch antwortet wie folgt:

zu 1.:

Der Haushaltsplan 2020 berücksichtigt die finanziellen Mittel für die Planung und den Bau des Weges am Moorteich zwischen Fr.-Engels-Str. und Vogelwiese in den Jahren 2021 und 2022.

zu 2.:

Für den gleichen Zeitraum, für die Jahre 2021 und 2022, sind die finanziellen Mittel für die Beleuchtung des gesamten Weges durchgehend bis zum E.-Welk-Weg im Haushalt berücksichtigt. Im Jahr des Wegeausbaus erfolgt damit gleichzeitig die Installation der Beleuchtung.

Herr Haack dankt für die Ausführungen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.9 Verbesserung des Wohnumfeldes in der Knieper Vorstadt, Knieper Nord,  
Knieper West und Grünhufe  
Einreicher: Sebastian Lange, Fraktion DIE LINKE  
Vorlage: kAF 0063/2020**

Anfrage:

1. Welche Ideen und Vorschläge gibt es um das Wohnumfeld in der Knieper Vorstadt, Knieper Nord, Knieper West und Grünhufe zukunftsfähig und klimagerecht zu gestalten?

2. Welche Fördermöglichkeiten gibt es und wurden oder werden solche beantragt?
3. In welchen Zeitraum können die betroffenen Einwohner mit einer Verbesserung ihres Wohnumfeldes rechnen?

Frau Gessert beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

zu 1.:

Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung werden in Knieper West seit 1993 und in Grünhufe seit 1996 im Rahmen des Stadtumbaus durch Städtebaufördermittel des Bundes und des Landes unterstützt.

Jüngst abgeschlossene Maßnahmen in diesen Stadtteilen sind z.B.

- Neugestaltung des Ventspilsplatzes in Knieper West, Spielplatz mit Aufenthaltsbereich und neuer Bolzplatz und

- Ergänzung von Sitzmöglichkeiten am Skaterplatz in Grünhufe.

Kontinuierlich in Umsetzung befindet sich das „Gehwegprogramm“ in Knieper West.

Vorschläge zur Verbesserung des Wohnumfeldes in der Hansestadt Stralsund von Bürgern bzw. Einwohnern erreichen die Stadtverwaltung großenteils über die Stadtteilarbeit in den Fördergebieten Grünhufe, Knieper West und Franken, z. B. bei Stadtteilrunden und Begehungen im Quartier. Diese Vorschläge werden auf ihre Machbarkeit geprüft, in die Prioritätenlisten übernommen oder bei Eignung kurzfristig umgesetzt, wie z.B. die Schaffung von mehr Sitzgelegenheiten in Wohngebieten.

Die Stadtteile Knieper Vorstadt und Knieper Nord befinden sich nicht in einer Gebietskulisse der Städtebauförderung. Die Qualität des Wohnumfeldes wird in diesen Stadtteilen bereits als vergleichsweise hoch bewertet. Die Gestaltung und Aufwertung des Wohnumfeldes erfolgt hier zum einen durch Gestaltung der Außenanlagen von Wohngebäuden, z.B. seitens der Wohnungsunternehmen, und durch Aufwertung des öffentlichen Raums im Zuge von Erschließungsmaßnahmen.

zu 2.:

Für das Sanierungsgebiet Altstadt und Frankenvorstadt, das Fördergebiet Knieper West sowie künftig für Teile des Sanierungsgebietes Tribseer Vorstadt stehen für Wohnumfeldverbesserungen Städtebaufördermittel des Bundes/Landes zur Verfügung. Für die Maßnahmen werden die entsprechenden Förderanträge gemäß Prioritätenlisten gestellt. Darüber hinaus wird geprüft, ob ggf. weitere Fördermöglichkeiten in Betracht kommen.

zu 3.:

Die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes ist ein kontinuierlicher Prozess, von dem die Einwohner in den betroffenen Gebieten profitieren.

Allein in Knieper West wurden von 1993 bis 2020 30 Erschließungsmaßnahmen sowie 3 Maßnahmen an Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen durchgeführt mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 21,4 Mio €. In Grünhufe waren dies von 1996 bis 2020 29 Erschließungsmaßnahmen sowie 8 Maßnahmen an Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen mit einem Gesamtvolumen von 29,6 Mio €.

Unter Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaft sollen im Herbst in Knieper West I zusätzliche Bänke aufgestellt werden. Weitere Bankstandorte in Knieper West II und III sind in Vorbereitung.

Herr Lange dankt für die Beantwortung.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.10 Homeoffice in der Stadtverwaltung?**  
**Einreicher: Olga Fot, Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: kAF 0064/2020**

Anfrage:

1. Wurde den Mitarbeitern der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Pandemie Homeoffice Plätze angeboten?
2. Wenn Ja, in welchen Ämtern und Service- und Organisationseinheiten wurden Homeoffice Plätze angeboten?
3. Welche Erfahrungen für die künftige Organisation von Arbeitsabläufen wurden dabei gemacht?

Herr Gawoehns antwortet wie folgt:

Home-Office-Plätze im Sinne der Fragestellung bzw. der Definition hierzu gibt es in der Stadtverwaltung nicht.

Zu Beginn der Pandemie war eine der ersten Maßnahmen, die Abstände in den Büros zu wahren bzw. diese maximal zu vergrößern, insbesondere zwischen Mitarbeitenden der Kategorie A.

Es wurde darauf geachtet, dass in der Regel nur 1-2 Mitarbeitende in einem Büro arbeiten. Das war mit vertretbarem Aufwand machbar und hat schließlich neben anderen Maßnahmen dazu geführt, dass es in der Stadtverwaltung keinen Shutdown gab.

Die Musikschule der Hansestadt war der einzige Bereich, in dem pandemiebedingt Home-Office in nennenswertem Umfang stattgefunden hat. Der Grund war, dass die Musikschule aufgrund der Corona-Verordnung des Landes M-V geschlossen war. Das Kollegium hat mit viel Einsatz und Improvisationsvermögen abgesichert, dass ab dem 23. März Online-Unterricht erteilt werden konnte. Seit dem 14. Mai lief der Unterricht dann wie gewohnt wieder an. Es war ein Provisorium, das den Schülern und auch dem Lehrerkollegium in dieser Zeit wirksam geholfen hat. Es ist keinesfalls die Absicht, diese Form generell einzuführen.

Home-Office hat es sonst nur vereinzelt gegeben, beispielsweise im Rechnungsprüfungsamt, in der Stadtbibliothek und im Stralsund-Museum, im Amt für Wirtschaftsförderung, im Hafenamts sowie in der Tourismuszentrale.

Gründe waren zum einen, dass die Abstände schwer einzuhalten waren und zum anderen, Mitarbeitende zu schützen, bei denen erhebliche gesundheitliche Risiken bestanden. Ansonsten gab es einzelne Fälle, in denen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Genehmigung der Amtsleitungen Arbeit mit nach Hause genommen haben. Das Kriterium war stets die Sinnhaftigkeit und Abrechenbarkeit der Arbeit, die von zu Hause aus geleistet wurde. Home-Office, im Sinne von Telearbeit, ganz oder teilweise, war das jedoch nicht. Insofern gibt es auch keine Erfahrungen im Sinne der Fragestellung, die in dieser Zeit gemacht wurden. Das war auch nicht das Ziel der praktizierten Maßnahmen.

Es ist bekannt, dass die Politik über ein Recht auf Home-Office nachdenkt - und wie zu erwarten gibt es dazu von der einen Seite Beifall und von der anderen große Skepsis bis strikte Ablehnung, nicht gegenüber dem Home-Office an sich, sondern gegenüber dem gesetzlichen Anspruch.

Neben den technischen Voraussetzungen werden klare Regelungen zur Arbeitszeit, dem Arbeitsschutz und zum Datenschutz erforderlich sein. Darüber hinaus bedarf es einzelvertraglicher oder kollektivrechtlicher Regelungen, um Home-Office zu praktizieren.

Beschäftigte haben derzeit keinen Anspruch darauf, aber auch Arbeitgeber können Beschäftigte nicht in ein Home-Office zwingen. Die weitere Entwicklung ist abzuwarten.

Frau Fot hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.11 Erfüllung der Auflagen zum Haushalt 2020**  
**Einreicher: Marc Quintana Schmidt, Fraktion DIE LINKE**  
**Vorlage: kAF 0065/2020**

Anfrage:

1. Wie will die Verwaltung die mit der Rechtsaufsichtliche Entscheidung zur Haushaltssatzung 2020 erteilten Auflagen erfüllen?
2. Kann die Feststellung der Jahresabschlüsse 2014 bis 2015 bis spätestens zum 31. Dezember sichergestellt werden?

Frau Jurk beantwortet die Fragen im Zusammenhang wie folgt:

Mit den rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2020 der Hansestadt Stralsund vom 03.07.2020 erging die rechtsaufsichtliche Anordnung, dass die Jahresabschlüsse 2014 und 2015 bis zum 31. Dezember 2020 festzustellen sind.

Die Verwaltung der Hansestadt Stralsund unternimmt alle Anstrengungen, um die gesetzten Ziele zu erreichen, indem die Jahresabschlussarbeiten oberste Priorität haben und vorrangig zu behandeln sind.

Die Anzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kämmereiamtes, die mit Jahresabschlussarbeiten betraut sind, wurde in den letzten Jahren erhöht. Dennoch musste einer Personalfluktuaton mehrfach begegnet werden, was den Abarbeitungsprozess des betreffenden Jahresabschlusses natürlich beeinflusst hat.

Im Januar lief ein 9- monatiger Kompaktlehrgang des Studieninstituts M-V mit dem Titel „Kommunaler Bilanzbuchhalter“ als erweitertes Inhouse-Seminar, speziell für die neuen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kämmereiamtes, an.

Die vergangenen Wochen und Monate waren weitestgehend geprägt durch den Spagat zwischen Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit mit der erforderlichen Aufgabenerfüllung, hier der Jahresabschlussarbeiten, und dem Schutz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Zeiten der Corona-Pandemie entsprechend der fortgeschriebenen gesetzlichen Anforderungen. Dabei stellte die größte Herausforderung die Absicherung der Kinderbetreuung dar. Dadurch gingen natürlich Zeitanteile zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 verloren. Die Verwaltung hofft, dass sich diese Einschränkungen nicht wiederholen.

Mit Stand vom 29.07.2020 hat das Kämmereiamt am 30.07.2020 den Jahresabschluss 2014 mit dem Anhang und den Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben. Damit ist der erste Meilenstein zur Aufgabenerfüllung erreicht. Dem Rechnungsprüfungsausschuss wurde der Jahresabschluss 2014 am 12.08.2020 vorgestellt. Der Ausschuss hat sich in dieser Sitzung darüber verständigt, dass die Feststellung für die Sitzung der Bürgerschaft am 03.12.2020 vorbereitet wird.

Am Jahresabschluss 2015 wird kontinuierlich gearbeitet, um die Aufstellung so schnell wie möglich vorzunehmen. Dabei ist die rechtsaufsichtliche Anordnung Ansporn und Verpflichtung zugleich, denen sich das Kämmereiamt stellen muss und auch will.

Dennoch ist die Zielerreichung sehr ehrgeizig. Die Hansestadt Stralsund steht in regelmäßiger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde, allein schon durch die quartalsweisen Berichterstattungen zur Umsetzung der Verfahrensschritte der Anordnung.

Die Amtsleitung kann versichern, dass es aus heutiger Sicht mit den derzeit verfügbaren Personalressourcen zu keiner Stagnation im Aufstellungsprozess kommen wird, denn es liegt im ureigenen Interesse, so bald als möglich, den rechtskonformen Zustand rund um die Jahresabschlüsse der vergangenen Haushaltsjahre herzustellen.

Herr Quintana Schmidt erfragt die Einschätzung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2015 bzw. mögliche Aussichten auf Fristverlängerung durch die Rechtsaufsichtsbehörde (RAB).

Frau Jurk erläutert, dass Zielstellung die Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 zum Jahresende 2020 ist. Damit würden der RAB verlässliche Zahlen übermittelt, nach denen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Hansestadt Stralsund beurteilt werden können. Gleichwohl steht die Hansestadt Stralsund in engem Kontakt zur RAB, u.a. durch die quartalsweise Berichterstattung. Dadurch wird diese rechtzeitig in die Lage versetzt, ggf. eingreifen zu können.

Mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 zum Jahresende 2020 könnte die Hansestadt Stralsund einer etwaigen Ersatzvornahme der RAB, erforderliche Maßnahmen auf Kosten der Hansestadt Stralsund durch einen Dritten vornehmen zu lassen, entgegenwirken.

Herr Dr.-Ing. Badrow bestätigt das ureigene Interesse, die Aufgaben der rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zu erfüllen. Die Anforderungen des Landes an die Hansestadt Stralsund findet er aufgrund des großen Rückstandes verständlich.

Er macht jedoch deutlich, dass die Verwaltung auch während der Pandemie weitergearbeitet hat und weiterhin mit Hochdruck bestrebt ist, das vorgegebene Ziel mit hoher Geschwindigkeit zu erreichen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.12 Bearbeitungsstand Anfragen bei 1. Großer Runde des Sports**  
**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0066/2020**

Anfrage:

1. Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand der Fragen/Anregungen, die von den Vereinen in der 1. Großen Runde des Sports an die Verwaltung herangetragen wurden?
2. Wie ist der Bearbeitungsstand (bitte aufschlüsseln, wie viele Anfragen gestellt wurden, wie viele bereits fertig bearbeitet wurden, wie viele gerade bearbeitet werden, wie viele noch offen sind)?
3. Gab es Rückmeldungen an die Vereine?

Frau Dr. Gelinek beantwortet die Fragen im Zusammenhang wie folgt:

Am 4. Februar dieses Jahres fand die erste Große Runde des Sports statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, Austausch und Kommunikation zwischen allen Vereinen, dem Stadtsportbund und den Sporttreibenden untereinander und auch mit der Stadtverwaltung zu ermöglichen, weiter die Beteiligung der Sporttreibenden zu fördern und auch über die aktuellen Planungen und Projekte der Stadt im Bereich Sport zu informieren.

Da es die erste Veranstaltung dieser Art war, sollte vor allem der Zusammenhalt, die Vielfalt und die herausragende Rolle von Sport allgemein in Stralsund in den Mittelpunkt gerückt werden. Darauf wurde explizit in der Einladung und auch während der Veranstaltung durch den Moderator hingewiesen, denn es sollte ja keine „Meckerrunde“ werden, bei der sich der Austausch auf die Entgegennahme von Fragen, Anregungen oder Aufträgen beschränkt.

Im Ablauf stellten sich nach der offiziellen Begrüßung durch den Oberbürgermeister Dr.-Ing. Badrow die Mitarbeitenden des Amtes 70, SG Sport, der Stadtsportbund und die Teilnehmenden jeweils kurz vor, letztere unter Nennung des jeweiligen Vereins und des Grundes für die Teilnahme. Danach berichtete der Oberbürgermeister über aktuelle sportliche Vorhaben der Stadt und schließlich wurden verschiedene mögliche gemeinsame Aktivitäten der Sportvereine und Sporttreibenden in Stralsund vorgestellt und weitere Ideen für die nächste Große Runde des Sports gesammelt. Zum Abschluss hatte der Stadtsportbund zu einem gemeinsamen Ausklang und Austausch und ein kühles Bier in das Foyer geladen, was ebenfalls auf große Zustimmung stieß. Die durchweg positive Resonanz auf die Veranstaltung zeigt, dass das Konzept und die Umsetzung der Veranstaltung eine gute Wahl war.

Die möglichen gemeinsamen Aktivitäten und Themenvorschläge für die nächste Runde des Sportes waren ein „Tag des Sports“ als große gemeinsame Präsentation der sportlichen Vielfalt in Stralsund, die „Open Sundays“, bei denen die Vereine ihre Angebote vorstellen und Noch-nicht-Sportler\*innen für sich gewinnen können, eine gemeinsame „Sport-Webseite Stralsund“ angelehnt an die Broschüre „Sportliches Stralsund“. Weitere Vorschläge waren das Thema „Sportförderklasse bzw. Sportschule“ (durch den SHV), „Vereinskooperation“ und „Möglichkeit der Onlineanzeige der Hallennutzungszeiten“ (durch sport live) sowie „Bewegungschecks“, „Talentiade“ und „Sichtung für Vereine“ (durch den Stralsunder Ruderclub). Diese Punkte sind teilweise bereits in Bearbeitung bzw. für die nächste Große Runde des Sports auf der Tagesordnung.

Frau Dr. Gelinek weist darauf hin, dass die besonderen Vorsichtsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie einen aktiven und direkten Austausch der Akteure erschweren. Beim ersten Mal wurde bewusst dieses Format gewählt und diese offene und partnerschaftlichen Art und Weise soll auch fortgeführt werden. Frau Dr. Gelinek hofft, dass dies bald wieder möglich ist und freut sich auf die Zweite Große Runde des Sports.

Herr Miseler meint, dass seitens der Vereine eine gewisse Erwartungshaltung besteht.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.13    Parkplätze Astrid Lidngren Schule**  
**Einreicher: Heike Corinth, CDU/FDP Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0071/2020**

Anfrage:

1. Liegen der Verwaltung schon Ergebnisse der Prüfung für zusätzliche begrenzte Parkplätze an der Astrid-Lindgren-Schule vor?
2. Wenn nicht, wann ist damit zu rechnen?

Frau Dr. Gelinek beantwortet die Anfrage wie folgt:

Bereits im Frühjahr dieses Jahres beauftragte die Bürgerschaft die Verwaltung mit der Prüfung der o.g. Problematik und die Sachgebiete Schule, Sport und ZGM sowie Straßen und Stadtgrün haben sich unmittelbar anschließend der Problematik angenommen.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass sich auf dem Schulgelände selbst kaum Alternativen für zusätzliche Parkplätze bieten. Die Schaffung von zusätzlichen, zeitlich begrenzten Parkplätzen im öffentlichen Parkraum erwies sich als unpraktikabel, da diese Parkplätze zu weit von der Schule entfernt gewesen wären. Schließlich ergab eine Nachfrage bei der Schulleitung, dass zum damaligen Zeitpunkt ein tatsächlicher Bedarf seitens der Schule nicht bestätigt wurde, vielmehr waren ausreichend Parkmöglichkeiten vorhanden, um die Schulkinder zu bringen oder abzuholen. Daraufhin wurde vereinbart, dass mit Beginn des neuen Schuljahres eine erneute Beurteilung der Situation vorgenommen wird.

Diese Evaluation ist nun erfolgt. Im Ergebnis sehen heute sowohl die Schulleitung als auch die Schulverwaltung einen gestiegenen Bedarf für zusätzliche Haltepunkte an der Lindgren-Schule, um die Schülerinnen und Schüler sicher bringen oder abholen zu können.

Zur Lösung der Situation wurden verschiedene Möglichkeiten geprüft, die derzeit konstruktiv gemeinsam mit dem Bauhof und der Lindgren-Schule abgestimmt und kurzfristig umgesetzt werden können.

Derzeit wird die Variante favorisiert, in welcher der Gehweg vor der Schule verbreitert wird und somit die Möglichkeit einer temporären Wende- und Haltemöglichkeit schafft.

Frau Corinth ist erfreut über die Absichten und empfiehlt, neben der Schulleitung auch mit dem Elternrat und dem Förderverein der Schule in Kontakt zu treten.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.14 Bauruinen in der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP Fraktion**  
**Vorlage: kAF 0072/2020**

Anfrage:

1. Wie viele Ruinen und verwahrloste Gebäude befinden sich in Stralsund und konkret in der Altstadt Stralsund?
2. Wie häufig hat die Verwaltung Kontakt zu den Eigentümern und wie ist der Umgang mit den Eigentümern?
3. Fallen neben der Grundsteuer weitere Kosten für die Eigentümer an und besteht eine rechtliche Möglichkeit die Eigentümer zur Sanierung zu bewegen?

Herr Wohlgemuth beantwortet die Anfrage im Zusammenhang wie folgt:

Die Anzahl von Bauruinen im Stadtgebiet hat seit 1990 kontinuierlich abgenommen. Aktuelle „Sorgenkinder“ sind insbesondere noch folgende Objekte außerhalb der Altstadt:

- ehem. Unionsbrauerei in der Kleinen Parower Straße (Knieper Nord)  
Ein persönlicher Kontakt mit der Eigentümerin kam leider nicht zustande. In den letzten 6 Monaten erfolgten die Aufforderung zur Durchführung von Sicherungsmaßnahmen, Bußgeldverfahren und Androhung einer Ordnungsverfügung
- ehem. Kita Friedrich-Wolff-Straße (Knieper West)  
s. TOP 7.15
- Kaufhalle „Für Dich“ (Knieper West)

Eigentümer zuletzt im April mündlich und schriftlich zur Beseitigung des städtebaulichen Missstands aufgefordert, die Ankündigung einer Ordnungsverfügung erfolgte vor ca. 14 Tagen

- Lokschuppen (Tribseervorstadt)

LEG hat bereits Sicherungsarbeiten vorgenommen, bauliche Instandsetzungsarbeiten mit Entwidmung der Bahnanlagen voraussichtlich ab 2022 möglich

In der Altstadt befinden sich kaum noch Ruinen, nach der letzten Erhebung (Monitoring 2018) sind lediglich an 29 Gebäuden, d.h. 2,2 % des gesamten Gebäudebestands der Altstadt, noch keine Sanierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Nur wenige davon befinden sich in einem verwahrlosten Zustand.

Diese Aufzählung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, macht aber deutlich, dass die Anzahl baulicher Missstände im Stadtgebiet mittlerweile sehr überschaubar geworden ist.

Für die Eigentümer solcher Grundstücke entstehen neben den üblichen öffentlich-rechtlichen Abgaben die Kosten für die Verkehrssicherung ihrer brachliegenden Grundstücke. Die Durchsetzung von Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen auf dem Rechtsweg seitens der Kommune gegenüber den Eigentümern ist im Wesentlichen auf Maßnahmen der Gefahrenabwehr, auf Erhaltung denkmalgeschützter Anlagen und Beseitigung erheblicher städtebaulicher Missstände beschränkt. Deshalb wird vorzugsweise zunächst das Gespräch mit den Eigentümern gesucht, um konstruktiv und einvernehmlich nach Möglichkeiten zur Beseitigung der Missstände zu suchen.

Gemäß dieser Strategie hat sich die Einrichtung der sogenannten „Missstandsliste“ in der Altstadt bewährt - einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Kämmereiamt, Sanierungsträger, Liegenschaften, Denkmalpflege, Bauaufsicht und Stadtplanung. Hier wird jeder Einzelfall genau betrachtet und die konkrete Vorgehensweise zur Beseitigung der Missstände abgestimmt. Mittlerweile konnte auf diese Weise mit wenigen Ausnahmen eine fast flächendeckende Instandsetzung und Sicherung der Bausubstanz in der Altstadt bewirkt werden, so dass sich die Arbeit dieser Arbeitsgruppe inzwischen weitgehend der Schließung der verbliebenen Baulücken gemäß Managementplan Altstadt widmen kann.

Herr Liebeskind dankt für die Ausführungen.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.15 Bauruine an der Friedrich-Wolf-Straße**  
**Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: kAF 0069/2020**

Anfrage:

1. Wie ist der Stand zur Entwicklung des Grundstücks an der Friedrich-Wolf-Straße in Knieper-West, auf dem sich heute immer noch die Ruine der ehemaligen Kita „Liselotte Hermann“ befindet?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um hier eine bauliche Entwicklung dieses Standortes zu unterstützen?

Herr Wohlgemuth beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.:

Nach Hinweis aus der Bevölkerung und anschließender Überprüfung durch den Baukontrolleur hat die Bauaufsicht den Eigentümer zur umgehenden Sicherung des Geländes vor unbefugtem Betreten aufgefordert. Dieser Aufforderung ist der Eigentümer inzwischen nachgekommen.

In diesem Zusammenhang erklärte der Eigentümer, dass er zur Vermeidung von weiterem Vandalismus den Abriss des Gebäudes beabsichtige. Nähere Angaben zum Zeitpunkt der Beseitigung und zum weiteren Vorgehen liegen derzeit noch nicht vor.

zu 2.:

Die Verwaltung hat dem Eigentümer der Immobilie schon mehrfach die Vermittlung potentieller Investoren zwecks Beteiligung oder Übernahme des Projektes für eine Pflegeeinrichtung angeboten. Diesen Vorschlag hat der Eigentümer jedoch bisher nicht aufgegriffen, sondern verfolgt nach eigenen Angaben nach wie vor das Ziel, seine nicht näher genannten Entwicklungsabsichten unabhängig von Anderen zu gegebener Zeit auf dem Grundstück umzusetzen.

Frau Kindler hat keine Nachfrage. Sie begrüßt die Aktivität der Hansestadt Stralsund.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.16    Zustand der Stadtteiche**  
**Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: KAF 0068/2020**

Anfrage:

1. In der Bürgerschaftssitzung im März 2019 führte die Stadtverwaltung aus, dass es von 2005 bis 2015 eine kontinuierliche Verringerung des Trophie-Index der Stadtteiche gegeben habe und wies auf ein fortzusetzendes Monitoring hin.

Welche Erkenntnisse liegen heute dazu vor und wie schätzt die Verwaltung den Zustand der Stadtteiche aktuell ein?

2. In der gleichen Sitzung führte die Verwaltung aus, dass im Rahmen eines Planungsauftrages geprüft werde, ob eine Entschlammung des Kleinen Frankenteiches unter Berücksichtigung auf das Gewässer als Ökosystem möglich ist.

Welche Ergebnisse liegen dazu vor und lassen sich diese Ergebnisse auch auf die anderen Stadtteiche übertragen?

3. Eine Verbesserung des Zustands der Stralsunder Stadtteiche sollte über Maßnahmen aus der 2. Förderperiode der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2016 - 2021 erfolgen, darunter auch Maßnahmen zur Reduzierung der Nährstoffeinträge.

Welche Maßnahmen wurden dazu bisher mit welchen Ergebnissen umgesetzt?

Herr Wohlgemuth antwortet wie folgt:

zu 1.:

Die Ausführungen in der Bürgerschaftssitzung im März 2019 bezüglich einer Verringerung des Trophie-Index bezogen sich ausschließlich auf den Kleinen Frankenteich. Für die

anderen Stadtteiche konnten bisher keine nennenswerten Veränderungen festgestellt werden, die über die üblichen witterungsbedingten Schwankungsbereiche hinausgehen.

Das Monitoring wurde im vergangenen Jahr durch das StALU fortgeschrieben. Allerdings liegen hierfür bisher nur die ungeprüften Rohdaten vor; belastbare Aussagen des Monitorings 2019 zur Entwicklung der Nährstoffgehalte und zu möglichen Ursachen lassen sich erst nach Aufarbeitung der Daten durch das StALU treffen.

Aus dem Gespräch mit dem StALU ergibt sich die vorläufige Einschätzung, dass auch im Ergebnis des Monitorings 2019 der Zustand der Stadtteiche, abgesehen vom Kleinen Frankenteich, gegenüber dem letzten Monitoring nahezu unverändert ist und sich die ermittelten Veränderungen offenbar im normalen, überwiegend witterungsbedingten Schwankungsbereich bewegen.

zu 2.:

Eine Entschlammung des Kleinen Frankenteichs ist weniger aus gewässerökologischer Sicht, sondern vielmehr aus dem Grund der Erhaltung des Gewässers und der fortschreitenden Verlandung geboten.

Hierfür wurden im Rahmen der Konzepterarbeitung mehrere Varianten unter ökologischen, technologischen und denkmalpflegerischen Gesichtspunkten untersucht. Als Vorzugsvariante wird durch die Verfasser eine Teilentschlammung von Bereichen mit einer Wassertiefe < 1 m, d.h. ca. 50 % der Seegrundfläche, favorisiert. Besondere technologische Herausforderung dieser sehr aufwändigen Maßnahme stellt die Zwischenlagerung des Aushubs zur Entwässerung dar. Die Kosten einer solchen Maßnahme würden laut grober Kostenschätzung bei mind. 2 Mio € zzgl. Kampfmittelberäumung liegen. Eine grundsätzliche Zustimmungsfähigkeit seitens der zuständigen Behörden wurde im Zuge der Vorabstimmungen signalisiert.

Erkenntnisse aus einer Entschlammung des Kleinen Frankenteichs können und sollten auch in Bezug auf eventuelle Maßnahmen in den anderen Stadtteichen genutzt werden. Dabei wären allerdings die teils abweichenden Rahmenbedingungen, z.B. Trophie-Zustand, Wassertiefe, Größe etc. zu berücksichtigen.

zu 3.:

Die in den Einzugsbereichen der Stadtteiche vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität sind mit wenigen Ausnahmen bereits weitgehend umgesetzt worden und an dieser Stelle im Einzelnen schon aufgezählt worden. Die Ergebnisse sind anhand des Monitorings zu bemessen, dessen Fortschreibung und Auswertung durch das StALU noch erwartet wird. Zumindest dürften nach heutiger Einschätzung die Maßnahmen eine Verschlechterung des Gewässerzustands verhindert haben.

Weitere Verbesserungen der Gewässerqualität, insbesondere aber auch zur Vermeidung einer fortschreitenden Verlandung, können nur durch Maßnahmen an den Teichkörpern selbst erzielt werden. Herr Wohlgemuth weist darauf hin, dass EU-Mittel zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hierfür aufgrund der geltenden Förderrichtlinien bisher und auch künftig leider gerade nicht herangezogen werden konnten und können. Die Finanzierung dieser zum dauerhaften Erhalt der Stadtteiche notwendigen Maßnahmen ist deshalb zurzeit noch völlig offen.

Herr Suhr erfragt, ob sich auch Maßnahmen umsetzen lassen, die auf eine Verbesserung des Zustands der Stadtteiche orientieren.

Herr Wohlgemuth erklärt, dass die Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität auf einem Gutachten (vor 10-12 Jahren) basieren. Diese sind somit nicht im zeitlichen Zusammenhang mit der 2. Förderperiode zu betrachten.

Festzustellen ist, dass sich keine Verschlechterungen eingestellt haben. Im Bereich des Kleinen Frankenteiches konnte eine Verbesserung verzeichnet werden. Zur weiteren Verbesserung sind nach Einschätzung von Fachleuten nur teichinterne Maßnahmen geeignet.

Zum Kleinen Frankenteich erkundigt sich Herr Suhr, wann Maßnahmen zur Verbesserung umgesetzt werden.

Herr Wohlgemuth teilt mit, dass Fördermöglichkeiten eruiert werden müssen. Bisher konnten noch keine Förderansätze ermittelt werden.

Herr Wohlgemuth wiederholt, dass EU-Mittel zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie aufgrund der geltenden Förderrichtlinien nicht herangezogen werden können.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

**zu 7.17 Digitale Bürgerbeteiligung in Stralsund**  
**Einreicher: Robert Gränert, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: kAF 0070/2020**

Aufgrund der abgelaufenen Fragestunde erfragt Herr Paul vom Einreicher der noch nicht beantworteten Anfrage, ob eine schriftliche Beantwortung oder eine Beantwortung in der kommenden Bürgerschaftssitzung gewünscht wird.

Herr Gränert bittet um eine schriftliche Beantwortung.

**zu 8 Einwohnerfragestunde**

Es liegt keine Einwohnerfrage zur 05. Bürgerschaftssitzung vor.

Pause: 17:28 Uhr bis 17:46 Uhr

**zu 9 Anträge**

**zu 9.1 Absenken der Bordsteine im Elisabethweg 12a/12b**  
**Einreicherin: Sandra Heischkel, Fraktion AfD**  
**Vorlage: AN 0104/2020**

Frau Heischkel begründet den Antrag und wirbt um Zustimmung.

Herr Bauschke beantragt für die Fraktion CDU/FDP die Verweisung des Antrages zur Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung.

Herr Haack teilt mit, dass es sich um eine einfache Maßnahme handelt, die durchgeführt werden kann. Daher wird seine Fraktion den Antrag unterstützen.

Herr Dr. Zabel erklärt, dass im Rahmen der Beratung im Ausschuss die Thematik flächenerweitert betrachtet werden könnte.

Herr Philippen meint, dass der Antrag berechtigt ist und die Absenkung unkompliziert vorgenommen werden könnte.

Herr Quintana Schmidt merkt an, dass keine Deckungsquelle benannt ist. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt den Verweisungsantrag.

Nach Auffassung von Herrn Adomeit ist der vorliegende Antrag im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Paul lässt über die Verweisung des Antrages AN 0104/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0104/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung mit folgendem Wortlaut:

Die Bordsteine im Elisabethweg 12a/12b werden abgesenkt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0288

**zu 9.2 den St. Jürgen Friedhof wieder in einen gepflegten Zustand zubringen**  
**Einreicher: Fraktion AfD**  
**Vorlage: AN 0106/2020**

Herr Kühnel begründet den Antrag.

Frau von Allwörden teilt mit, dass Grundlage für das Handeln auf dem St. Jürgen Friedhof das Pflege- und Entwicklungskonzept aus dem Jahr 2003 ist. Die darin definierten Pflegearbeiten wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert. Die Fraktion CDU/FDP hält den Antrag für nicht notwendig und wird ihn ablehnen.

Herr Lange schließt sich für die Fraktion DIE LINKE den Äußerungen von Frau von Allwörden an. Daher wird seine Fraktion dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Dr. Zabel erkundigt sich, ob der Verwaltung bekannt ist, dass das Schild entfernt wurde, wonach Leinenzwang für Hunde besteht. Zudem möchte er wissen, wie viele Arbeitsstunden für die Instandhaltung des Friedhofgeländes eingeplant sind.

Frau Waschki informiert, dass das Fehlen des Schildes seit gestern bekannt ist und die Angelegenheit bereits in Bearbeitung ist. Zudem berichtet sie, dass derzeit ca. 3.000 Jahresstunden für die Pflege des St. Jürgen Friedhofs aufgewendet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Zabel erklärt Frau Waschki, dass für die kommenden Jahre beabsichtigt ist, die Jahresstundenzahl auf 5.000 zu erhöhen.

Frau Bartel geht davon aus, dass die Verwaltung an der Thematik arbeitet. Der Antrag ist aus ihrer Sicht somit hinfällig.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0106/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

den St. Jürgen Friedhof wieder in einen gepflegten Zustand zu bringen

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 9.3 Errichtung einer Wasserstofftankstelle**  
**Einreicher: Bernd Buxbaum als Vorsitzender des Ausschusses für**  
**Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben**  
**Vorlage: AN 0105/2020**

**Änderungsantrag zu TOP 9.3 / AN 0105/2020 "Wasserstofftankstelle"**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: AN 0147/2020**

Herr Buxbaum erläutert den vorliegenden Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben. Der Ursprungsantrag wurde im Ausschuss ausführlich diskutiert, offene Fragen thematisiert und debattiert. Im Ergebnis der Beratung zur Wasserstofftankstelle liegt der Antrag des Ausschusses vor. Herr Buxbaum bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Fechner teilt mit, dass der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI von der Fraktion SPD unterstützt wird. Aus ihrer Sicht ist Wasserstoff der Kraftstoff der Zukunft und Wasserstofftankstellen sind eine Investition in die Zukunft. Im Interesse der Nachhaltigkeit wirbt sie um Unterstützung für den Änderungsantrag.

Herr Dr. Zabel kritisiert Änderungsanträge zu Anträgen aus den Ausschüssen der Bürgerschaft, da diese im jeweiligen Ausschuss hinreichend diskutiert wurden.

Herr Adomeit kritisiert ebenfalls das Einbringen des Änderungsantrages.

Herr Haack ergänzt, dass bei der Diskussion des Ursprungsantrages kein Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN/DIE FRAKTION an der Ausschusssitzung teilgenommen hat.

Herr Suhr hält die Kritik an der Nichtanwesenheit eines Vertreters seiner Fraktion für gerechtfertigt. Er stellt jedoch klar, dass seine Fraktion an der Forderung des Ursprungsantrages festhält und diesen daher in leicht abgewandelter Form als Änderungsantrag eingebracht hat. Aus seiner Sicht sollte sich die Hansestadt Stralsund Möglichkeiten aus massiven Bundesförderungen zu Wasserstoff nicht vergeben.

Herr Buxbaum äußert sein Unverständnis hinsichtlich der Einstellung ggü. dem Ausschuss. Es besteht aber Einigkeit, dass Wasserstoff eine Zukunftstechnologie ist. Aufgrund des Kostenfaktors kann die Hansestadt Stralsund jedoch nicht als Investor auftreten.

Herr Dr. Zabel hält es für richtig, zukunftsfähige Technologien in der freien Wirtschaft, mit Unterstützung des Staates, anzusiedeln.

Herr Suhr meint, dass unterschiedliche Positionen nachvollziehbar sind. Dennoch soll die Bürgerschaft die Möglichkeit erhalten, über den Änderungsantrag als Alternative abzustimmen.

Nachfolgend stellt der Präsident den Änderungsantrag AN 0147/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Antragstext des Antrags AN 0105/2020 wird ersetzt durch folgende Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, zu welchen Kosten, in welcher Bauart, an welchem Standort und mit welchen Partner\*innen (z.B. Hochschule, Stadtwerke) die Einrichtung einer Wasserstofftankstelle in Stralsund möglich ist.

Den Fraktionen, Einzelbürgerschaftsmitgliedern und den Fachausschüssen werden die Ergebnisse zur Beratung vorgelegt.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend lässt Herr Paul über den Antrag AN 0105/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, jegliche Interessensbekundung aus der Wirtschaft zur Errichtung einer Wasserstofftankstelle in der Hansestadt Stralsund zu unterstützen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0289

**zu 9.4 Schutz des Freibades vor Vandalismus**  
**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**  
**Vorlage: AN 0112/2020**

Herr Adomeit begründet kurz den Antrag. Er sieht Handlungsbedarf im Interesse der Sicherheit und wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Frau von Allwörden teilt die Auffassung, dass es sich um ein bekanntes Problem handelt. Sie beantragt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung. Im Austausch mit weiteren Beteiligten (z.B. Polizei, SIC) soll die Problematik ausführlich erörtert und sollen Lösungsmöglichkeiten ergründet werden.

Herr Miseler, Herr Suhr, Herr Kühnel und Frau Kühl erklären für ihre Fraktionen, den Verweisungsantrag zu unterstützen.

Der Oberbürgermeister äußert sein Entsetzen über das Verhalten einiger Personen, da viel Energie, Emotionen und finanzielle Mittel in das Strandbad fließen. Daher ist eine Lösung gegen den Vandalismus erforderlich.

Herr Paul stellt die Verweisung des Antrages AN 0112/2020 in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0112/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle technischen Möglichkeiten zu prüfen, um das Stralsunder Freibad vor der blinden Zerstörungswut und dem Vandalismus einiger unbelehrbarer Zeitgenossen zu schützen, damit diese Rowdys endlich bestraft werden können.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2020-VII-05-0290

**zu 9.5 Anlegeverbot für Greenpeace-Schiffe**  
**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**  
**Vorlage: AN 0113/2020**

Herr Adomeit erläutert den Antrag. Er geht dabei auf die Risiken ein, die von den versenkten Felsen ausgehen. Die Hansestadt Stralsund sollte ein Zeichen gegen die Aktion setzen.

Herr Dr. Zabel erklärt für die Fraktion CDU/FDP, dass die Verurteilung der Greenpeace-Aktion unterstützt wird. Das vorliegende Begehren hält er jedoch für rechtlich bedenklich.

Frau von Allwörden bestätigt, dass das Anliegen von Herrn Adomeit verständlich ist. Ein Anlegeverbot würde jedoch gegen § 9 HafenvO M-V verstoßen. Als polizeiliche Maßnahme wäre aus Sicht von Frau von Allwörden die Beschlagnahme der Beluga II möglich, da die Aktion einen gefährlichen Eingriff in den Schiffsverkehr nach Strafgesetzbuch darstellt. Sie wiederholt, dass das Handeln von Greenpeace durch ihre Fraktion verurteilt wird. Der Antrag wird jedoch nicht unterstützt.

Herr Dr. von Bosse bestätigt, dass ein Anlegeverbot rechtswidrig wäre. Er betont, dass Greenpeace generell gute Ziele verfolgt.

Der Oberbürgermeister kritisiert, dass Straftaten für vermeintlich wichtige Ziele hingenommen werden sollen.

Herr Würdich stimmt zu, dass die Aktion zu verurteilen ist. Der Antrag wird jedoch auch abgelehnt.

Herr Haack meint, dass Greenpeace dafür sorgt, dass die Ostsee durch kaputte Schleppnetze weiter vermüllt. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird dem Antrag zustimmen, auch wenn einem Beschluss widersprochen werden muss. Herr Haack unterstützt Herrn Adomeit dahingehend, dass die Fischerei zur norddeutschen Kultur zählt.

Für die Fraktion DIE LINKE erklärt Herr Quintana Schmidt, dass der Antrag aufgrund der juristischen Unzulässigkeit nicht unterstützt wird. Die strafrechtliche Beurteilung der Aktion sollte der Judikative überlassen werden.

Frau von Allwörden hält es für nicht sinnvoll, einen rechtswidrigen Beschluss zu fassen.

Herr Adomeit stellt klar, dass die Bürgerschaft es verpasst, ein Zeichen der Solidarität mit den Küstenfischern zu setzen.

Frau Bartel stellt einen Antrag auf Ende der Debatte nach Geschäftsordnung.

Herr Dr. Zabel erläutert, dass die Formulierung des Antrages nicht mehrheitsfähig ist.

Herr Suhr merkt an, dass es Sachargumente gibt, die gegen den Antrag sprechen. Zudem teilt er mit, dass in dem Bereich, in dem die Steine verklappt wurden, keine deutschen, sondern dänische und polnische Fischer unterwegs sind. Persönlich findet er die Aktion nicht gut, weist aber darauf hin, dass es durch die Schleppnetzfisherei erhebliche Zerstörungen des Ostseebodens gibt. Herr Suhr warnt davor, dass die Debatte abgeleitet.

In Richtung Herrn Dr. Zabel hinterfragt Herr Kühnel, warum kein Änderungsantrag zur Formulierung eingebracht worden ist. Auf die Äußerung von Herrn Suhr entgegnet er, dass es irrelevant ist, dass nicht deutsche, sondern dänische und polnische Fischer in dem betreffenden Fanggrund betroffen sind.

Herr Quintana Schmidt widerspricht Herrn Adomeit, dass er sich in seinem Redebeitrag gegen die Küstenfischer gestellt hat. Die Ablehnung des Antrags beruht auf der rechtlichen Unzulässigkeit.

Herr Haack stellt nachfolgenden Änderungsantrag:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, dass der Vorgang um das illegale Verkippen von Steinen in der Ostsee von Greenpeace ausdrücklich missbilligt wird. Des Weiteren stellt die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund ihre Solidarität mit den Küstenfishern unserer Region fest.“

Um sich auf die neue Sachlage einzustellen, beantragt Herr Quintana Schmidt für die Fraktion DIE LINKE eine Auszeit.

Auszeit: 18:34 Uhr bis 18:43 Uhr

Aufgrund des vorliegenden Änderungsantrages zieht Frau Bartel den Antrag zur Geschäftsordnung zurück.

Herr Dr. Zabel erkundigt sich, ob der nun vorliegende Änderungsantrag zulässig ist.

Herr Paul erklärt für das Präsidium, dass der Änderungsantrag zugelassen wird.

Diesbezüglich äußert Herr Suhr seine kommunalrechtlichen Bedenken, da es sich aus seiner Sicht um einen substanzverändernden Antrag handelt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Präsident über den Änderungsantrag wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, dass der Vorgang um das illegale Verkippen von Steinen in der Ostsee von Greenpeace ausdrücklich missbilligt wird. Des Weiteren stellt die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund ihre Solidarität mit den Küstenfishern unserer Region fest.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0291

**zu 9.6 Mittel aus dem Masterplan „StadtNatur“ beantragen**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: AN 0110/2020**

Frau Kümpers begründet den vorliegenden Antrag ausführlich. Sie geht dabei auf die positiven Auswirkungen von Stadtnatur ein. Frau Kümpers bittet, dem Prüfauftrag zuzustimmen.

Herr Bauschke erklärt für die Fraktion CDU/FDP, den Antrag zu unterstützen, da sich die Möglichkeit eröffnet, sinnvolle Projekte für Stralsund umzusetzen.

Für die Fraktion SPD teilt Herr Miseler mit, dass dem Antrag ebenfalls zugestimmt wird. Er erkundigt sich nach der im Beschlussvorschlag gesetzten Frist.

Herr Suhr erklärt, dass es bei den Förderungsprogrammen keine Fristen gibt. Es wird für sinnvoll erachtet, dass die Thematik durch den Ausschuss, ggf. über eine Zwischeninformation, begleitet wird.

Herr Paul lässt über den Antrag AN 0110/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit Fördergelder aus dem Masterplan "StadtNatur" im Rahmen des Bundesprogramms "Biologische Vielfalt" durch die Hansestadt Stralsund beantragt und in Anspruch genommen werden können. Das Ergebnis der Prüfung soll dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung bis spätestens zum Ende dieses Jahres vorgelegt werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0292

**zu 9.7      Artenvielfalt fördern, Naturräume in der Stadt schaffen**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: AN 0111/2020**

Herr Dr. von Bosse begründet den Antrag.

Herr Bauschke bitte um eine Einschätzung der Verwaltung, da nach seinem Kenntnisstand bereits eine Vorrangprüfung insbesondere bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen vorgenommen wird.

Frau Gessert teilt mit, dass der Teil 1 des Antrags die ohnehin geltende Rechtslage widerspiegelt. Für die Festlegung von Kompensationsmaßnahmen in der Bauleitplanung gilt unter Berücksichtigung auch der gesetzlichen Vorgaben folgendes Prüfschema:

- Auf den Eingriffsgrundstücken
- Im B-Plangebiet
- Außerhalb B-Plan mit räumlichem Bezug zum Plangebiet
- Im Stadtgebiet
- Außerhalb Stadtgebiet auf städtischen Flächen
- Externe Ökokonten.

Damit ist die Ausweisung von Ausgleichsflächen innerhalb des Stadtgebietes im Rahmen der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung bereits gängige und fachkompetente Praxis in der Hansestadt Stralsund. Ein Flächenanteil von 270 ha Kompensationsflächen innerhalb der Stadtgrenzen verdeutlicht das.

Das Ziel einer Vernetzung von wertvollen Biotopen bestimmt dabei regelmäßig die Auswahl der konkreten Maßnahmen.

Das Potenzial für Ausgleichsflächen im Stadtgebiet ist jedoch begrenzt. Deshalb kommt auch die Nutzung von Ökokonten im Landschaftsraum zur Anwendung. Hierbei können großflächige Naturschutzmaßnahmen sinnvoll unterstützt werden, die im urbanen Raum nicht umsetzbar sind.

Frau Bartel findet den Antrag sinnvoll. Sie hält jedoch eine zusätzliche Sachstandsklärung in puncto Entsiegelung innerhalb des Stadtgebietes für erforderlich.

Frau Gessert erklärt, dass die Thematik im Fokus behalten wird. Es stehen jedoch keine Flächen zur Verfügung, so dass die Entsiegelung naturhaushaltswirksam wäre.

Der Oberbürgermeister geht auf den ökologischen Konflikt von Stadtverdichtung und Grünflächenentwicklung ein. Innerhalb einer Stadt führt das zu einer Begrenzung der Stadtentwicklung.

Herr Suhr beantragt die Verweisung des Antrags zur Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung, um den innerstädtischen Ausgleich intensiver zu diskutieren.

Herr Paul lässt über den Verweisungsantrag wie folgt abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend stellt der Präsident den Antrag AN 0111/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt bei zukünftigen Ausweisungen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu prüfen, ob diese innerhalb des Stadtgebietes der Hansestadt Stralsund umgesetzt werden können. Ist dies möglich, so ist der Ausweisung innerhalb des Stadtgebietes Vorrang einzuräumen.

Darüber hinaus soll geprüft werden, wie mit der Ausweisung möglichst effektiv eine Vernetzung der Flächen erfolgen kann mit dem Ziel ein Biotopverbundsystem zu entwickeln, das gute Bedingungen für den Erhalt der Artenvielfalt im städtischen Raum bietet. Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung ist regelmäßig über die Ergebnisse zu unterrichten.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 9.8 Prüfung eines weiteren barrierefreien Wasserzugangs am Stralsunder Strandbad**  
**Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0114/2020**

Herr Liebeskind begründet den Antrag.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI erklärt Frau Kindler, den Antrag zu unterstützen. Sie erfragt, wie die aktuellen Planungen der Verwaltung hinsichtlich eines barrierefreien Wasserzugangs aussehen.

Aus Sicht von Herrn Bogusch ist es sinnvoll, den barrierefreien Wasserzugang im Zusammenhang der Erneuerung des Badesteges zu realisieren. Eine Eintaktung wäre problemlos möglich.

Herr Buxbaum teilt für die Fraktion DIE LINKE mit, dass dem Antrag zugestimmt wird. Die Ausführungen von Herrn Bogusch werden ausdrücklich begrüßt.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0114/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob auch im 2. BA des Stralsunder Strandbads ein barrierefreier Wasserzugang möglich ist und welchen zeitlichen und finanziellen Aufwand solch ein Vorhaben hätte.

Das Ergebnis soll den Ausschüssen Finanzen und Vergabe sowie Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vorgestellt werden.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2020-VII-05-0293

**zu 9.9 Startgebühren Triathlon**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: AN 0119/2020**

Herr Gränert begründet den Antrag.

Herr Dr. Zabel beantragt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Sport, um eine rechtliche Prüfung vorzunehmen.

Herr Hofmann dankt der Bürgerschaft und der Verwaltung für das Engagement, welches die Durchführung des Triathlons 2019 ermöglichte.

Er führt weiter aus, dass die Veranstaltung durch einen ehrenamtlichen Verein ausgerichtet wird. Organisiert wird der Triathlon durch ein 12 köpfiges ehrenamtliches Organisationsteam. Ziel war es, das Event 2020 mit Zuschauern durchzuführen. Da dies nicht möglich war, wurde der diesjährige Triathlon abgesagt.

Im Vorfeld wurden bereits zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, z.B. zur Verdoppelung der Wechselzone (Plasteplatten) wurden bereits 12 T € investiert.

Herr Hofmann berichtet, dass die Sportler Verständnis zeigen. Von 800 Teilnehmern haben 30 % die Startgebühr gespendet. Eine Übertragung der Startgebühr auf das kommende Jahr ist aufgrund der AGB nicht möglich.

Es gab lediglich einen Sportler, der eine 100%ige Rückerstattung verlangt. Dem wird auch nachgekommen.

Herr Hofmann erklärt für die Fraktion Bürger für Stralsund, dass der Antrag abgelehnt wird.

Herr Dr. Zabel zieht den Verweisungsantrag zurück. Die Fraktion CDU/FDP wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Buxbaum zieht ein positives Fazit des Triathlons 2019. Da es sich um noch keine etablierte Veranstaltung handelt, somit auch noch kein fester Sponsorenstamm besteht, konnten seitens der Organisatoren auch keine Rücklagen gebildet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Buxbaum teilt Herr Hofmann mit, dass es für den Triathlon 2020 keinen Zuschuss von der Hansestadt Stralsund gab.

Herr Buxbaum sieht es als positives Zeichen, dass der Veranstalter in diesem Jahr die Finanzierung selbst übernehmen wollte. Er kann den Antrag nicht nachvollziehen und wird ihn ablehnen.

Herr Suhr weist auf ein mögliches Mitwirkungsverbot von Herrn Hofmann hin, da dieser Präsident des Stadtsportbundes ist.

Er erläutert die Motivation, die hinter dem Antrag steht.

Frau Kühl fand die Ausführungen von Herrn Hofmann hilfreich, um sich ein Bild von der Angelegenheit zu machen. Sie weist darauf hin, dass auch bei anderen Sportveranstaltungen keine Rückerstattung der Startgebühr erfolgt.

Frau Kühl merkt an, dass die Förderung durch die Hansestadt Stralsund nicht für die zahlreichen Veranstaltungen des Sportbundes ausreicht.

Herr Dr. Zabel empfiehlt, dass sich der Ausschuss für Sport generell mit der Thematik Finanzierung und Rückerstattung bei sportlichen Veranstaltungen befasst.

Herr Suhr zieht den Antrag AN 0119/2020 für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI zurück. Über den Vorsitzenden des Ausschusses für Sport wird die Thematik in den Ausschuss eingebracht werden.

**zu 9.10 zum Austritt der HST als Gesellschafter der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern GmbH, Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund, Fraktion CDU/FDP, Einzelbürgerschaftsmitglied Michael Adomeit  
Vorlage: AN 0130/2020**

Herr Haack begründet den Antrag. Der Austritt aus der WFG mbH soll manifestiert werden.

Herr Buxbaum berichtet von einer gemeinsamen Sitzung der Wirtschaftsausschüsse der Landkreise Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald sowie der Hansestädte Stralsund und Greifswald. Das vorliegende Ergebnis aus der Untersuchung zur Wirtschaftsförderung in Vorpommern scheint der kleinste gemeinsame Nenner zu sein. Er sieht in der Gründung eines Vereins zur regionalen Wirtschaftsförderung nicht nur positive Aspekte, sondern auch offene Fragen, die nicht beantwortet sind.

Herr Buxbaum kündigt an, gem. § 8 Abs. 2 Hauptsatzung 15 Fragen an die Verwaltung zu stellen.

Der Präsident unterbricht kurz die Sitzung.

Auszeit: 19:20 Uhr bis 19:25

Herr Buxbaum verliest die 15 Fragen:

1. Mit welchen neuen Methoden wird gewährleistet, dass sich über einen Verein zur regionalen Wirtschaftsförderung mehr Gründungsvorhaben und mehr Wirtschaftsansiedlung in der Hansestadt Stralsund ergeben.
2. Was passiert, nach dem die Hansestadt Stralsund als Gesellschafter aus der WiFö Gesellschaft ausgetreten ist und die anderen Gesellschafter diesen Schritt vorerst nicht tun?
3. Wie wird sich die Hansestadt Stralsund an der regionalen Wirtschaftsförderung beteiligen, falls sie aus der Gesellschaft zum 01.01.2021 ausgetreten ist und der angestrebte Verein noch nicht gegründet oder arbeitsfähig ist?
4. Was wird mit den langfristigen Projekten, die derzeit von der WiFö Gesellschaft betreut werden, falls die Gesellschaft 2021 aufgelöst wird?
5. Können Landes- und EU Fördermittel die der Gesellschaft zugesagt sind von dem neuen Verein zur regionalen Wirtschaftsförderung übernommen werden?
6. Wie wird es eingeschätzt ob die bisherigen Sponsoren und Zuwendungsgeber mindestens in gleicher Höhe ihre finanziellen Zuwendungen auch dem neuen Verein zur regionalen Wirtschaftsförderung zukommen lassen?
7. Mit welchem finanziellen Betrag würde sich die Hansestadt Stralsund in einem neuen Verein zur regionalen Wirtschaftsförderung beteiligen wollen oder können?
8. Warum ist es nicht möglich den Prozess zur Neugliederung der regionalen Wirtschaftsförderung abgestimmt mit den bisherigen Gesellschaften und Gesellschaftern zu betreiben? (zeitgleiche Auflösung der alten Struktur mit verbindlicher Zusage sich an den neuen Strukturen zu beteiligen)
9. Was passiert wenn einige bisherigen Akteure der regionalen Wirtschaftsförderung sich nicht an den neuen Verein zur regionalen Wirtschaftsförderung beteiligen?

10. Wo soll der Geschäftssitz des neuen Vereins sein?
11. Kann das bisherige Personal übernommen werden?
12. Können evtl. noch laufende Projektassistenzen bzw. Projektmanager, falls es zur kurzfristigen Gründung des neuen Vereins zur regionalen Wirtschaftsförderung kommt, ihre Projekte in dem neuen Verein weiter führen?
13. Wie hoch werden die finanziellen Mittel sein, die der neue Verein zur regionalen Wirtschaftsförderung benötigen wird?
14. Warum gibt es noch keinen Entwurf für eine entsprechende Vereinssatzung?
15. Wie ist gewährleistet das laufende Kooperationsprojekte, wie z.B. Leben & Arbeiten in Vorpommern. Deutschlands Sonnendeck“ in einer neuen Struktur zur regionalen Wirtschaftsförderung fortgesetzt werden können?

Herr Paul teilt mit, dass die Fragen durch die Verwaltung innerhalb der nächsten 14 Kalendertage schriftlich beantwortet werden.

Herr Hofmann beantragt das Ende der Rednerliste.

Herr Schwarz erklärt für die Fraktion CDU/FDP, dem Antrag zuzustimmen. Eine schnelle Entscheidung ist im Interesse aller Beteiligten. Der Austritt aus der WFG mbH ist gleichzeitig ein Startsignal, um einen neuen Schritt zu wagen.

Herr Würdisch beantragt eine Vertagung des Tagesordnungspunktes, da nicht ausreichend Zeit zur Verfügung stand, das Gutachten zu bewerten.

Herr Suhr ist erstaunt über die Abläufe in den vergangenen 14 Tagen, da vereinbart war, die Evaluierung abzuwarten, diese zu bewerten, um dann eine Entscheidung zu treffen. Herr Suhr merkt an, dass der Endbericht bisher nicht zugänglich ist. Aus seiner Sicht würde die Bürgerschaft mit einem Beschluss auf einer unseriösen Basis agieren. Außerdem könnte ein Austritt auf dieser Grundlage weitreichende Folgen für die zukünftige Struktur der Wirtschaftsförderung in der Region haben.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI wird den Antrag ablehnen.

Frau Kühl schließt sich Herrn Suhr an. Durch die unzureichende Informationslage bestehen noch zu viele offene Fragen. Unter den Gegebenheiten wird die Fraktion DIE LINKE dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Haack weist darauf hin, dass die nächste Bürgerschaftssitzung am 01.10.2020 stattfindet. Das Kündigungsrecht endet jedoch bereits am 30.09.2020. Er verweist auf eine gut funktionierende Wirtschaftsförderung in der Hansestadt Stralsund. Über die zukünftige Aufstellung wird debattiert werden.

Herr Dr. Zabel meint, dass belastbare Informationen vorhanden sind. Diese sind für eine Entscheidungsfindung ausreichend.

Der Präsident lässt über den Antrag auf Ende der Rednerliste wie folgt abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0294

Nachfolgend stellt er den Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung der Angelegenheit zur Abstimmung:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Herr Suhr beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI die namentliche Abstimmung.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0130/2020 wie folgt namentlich zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Austritt als Gesellschafter der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern GmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt, gemäß dem Gesellschaftervertrag, den Mitgesellschaftern bekannt zu geben und die Beteiligung zu kündigen.

### **Namentliche Abstimmung**

#### **Ja (24)**

Adomeit, Michael	Einzelbürgerschaftsmitglied WG Adomeit
Bauschke, Stefan	Fraktion CDU/FDP
Borbe, Volker	Fraktion CDU/FDP
Bowitz, Maik	Fraktion Bürger für Stralsund
Chill, Kerstin	Fraktion Bürger für Stralsund
Corinth, Heike	Fraktion CDU/FDP
Ehlert, Sabine	Fraktion Bürger für Stralsund
Fanter, Frank	Fraktion AfD
Gutknecht, Mario	Fraktion AfD
Haack, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
Heischkel, Sandra	Fraktion AfD
Hofmann, Maik	Fraktion Bürger für Stralsund
Liebeskind, Michael	Fraktion CDU/FDP
Lindner, Detlef	Fraktion Bürger für Stralsund
Paul, Peter	Fraktion CDU/FDP
Philippen, Michael	Fraktion Bürger für Stralsund
Pieper, Thoralf	Fraktion CDU/FDP
Ruddies, Daniel	Fraktion CDU/FDP
Runge, Harald	Fraktion AfD
Schönleiter, Birkhild	Fraktion AfD
Schulz, Thomas	Fraktion Bürger für Stralsund
Schwarz, Maximilian	Fraktion CDU/FDP
von Allwörden, Ann Christin	Fraktion CDU/FDP
Zabel, Ronald, Dr. med.	Fraktion CDU/FDP

#### **Nein (16)**

Bartel, Ute	Fraktion SPD
Buxbaum, Bernd	Fraktion DIE LINKE
Carstensen, Heike, Dr.	Fraktion SPD
Fechner, Friederike	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Gränert, Robert	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kindler, Anett	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Kühl, Andrea	Fraktion DIE LINKE
Kümpers, Josefine	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Lange, Sebastian	Fraktion DIE LINKE
Miseler, Mathias	Fraktion SPD
Quintana Schmidt, Marc	Fraktion DIE LINKE
Quintana Schmidt, Maria	Fraktion DIE LINKE

Suhr, Jürgen	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
von Bosse, Arnold, Dr.	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Voß, Petra	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Würdisch, Thomas	Fraktion SPD
<b><u>Enthaltung (1)</u></b>	
Fot, Olga	Fraktion DIE LINKE

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0295

**zu 9.11 zum Fütterungsverbot von Möwen, Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0135/2020**

**Änderungsantrag zu TOP 9.11 Fütterungsverbot von Möwen  
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP Fraktion  
Vorlage: AN 0145/2020**

Herr Haack erläutert den Antrag AN 0135/2020. Es liegen Beschwerden aus mehreren Stadtteilen vor. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Bauschke begründet den Änderungsantrag AN 0145/2020. Das Fütterungsverbot soll ausgeweitet werden auf die Wildvögel. Er stellt klar, dass die Winterfütterung von Singvögeln nicht eingeschränkt werden soll. Konkret sind Wasservögel wie Möwen, Enten oder Schwäne gemeint. Diesbezüglich müsste die Satzung konkretisiert werden. Herr Bauschke hält es für vorstellbar, dass entsprechende Kontrollen durch den KOD durchgeführt werden könnten.

Herr Buxbaum und Herr Suhr erklären für ihre Fraktionen, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Herr Suhr ergänzt, dass in der Satzung auch der regionale Zuordnungsbereich geklärt werden muss.

Frau Bartel stimmt zu, dass die Belästigung durch die Möwen in den Stadtteilen zunimmt. Sie empfiehlt, den regionalen Geltungsbereich nicht zu eng zu fassen.

Herr Haack erklärt, dass dem Änderungsantrag seitens seiner Fraktion zugestimmt wird. Er schließt sich an, dass die räumlichen Geltungsbereiche ausgeweitet werden sollten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Präsident über den Änderungsantrag AN 0145/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein generelles Fütterungsverbot für Wildvögel zu erlassen. Dieses Verbot soll die Bereiche Altstadt, sowie die angrenzenden Stadtteiche und die Sundpromenade umfassen. Eine entsprechende Satzung ist von der Verwaltung zu erarbeiten und der Bürgerschaft zu ihrer Sitzung am 03.12.2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2020-VII-05-0296

**zu 9.12 zum Verkehr Am Fischmarkt, Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund  
Vorlage: AN 0136/2020**

Herr Haack beantragt, die im Beschlussvorschlag aufgeführten Punkte einzeln abzustimmen. Er begründet die einzelnen Punkte. Die Aufhebung des Anwohnerparkens in der Straße Am Fischmarkt, zwischen Badenstraße und Semlowerstraße, sollte im Interesse aller Verkehrsteilnehmer erfolgen. Herr Haack betont, dass die beiden Behindertenparkplätze dabei in die Semlower Straße verlegt werden müssten und nicht wegfallen. Zum 2. Punkt führt Herr Haack aus, dass es in dem Bereich aufgrund der räumlichen Enge zu Konflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern kommt. Er bittet den Oberbürgermeister, ggf. auf einen Widerspruch gegen den möglichen Beschluss zu verzichten.

Herr Bauschke nimmt die Anmerkung zu Punkt 2. auf und stellt fest, dass es sich um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis handelt. Demnach hätte die Bürgerschaft keine Möglichkeit der Einflussnahme. Eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte begrüßt Herr Bauschke.

Zum ersten Punkt erklärt Herr Bauschke für die Fraktion CDU/FDP, dass dieser nicht unterstützt wird, da durch das Anwohnerparken der Verkehr gleichzeitig entschleunigt wird. Den zweiten Punkt wird seine Fraktion unterstützen.

Frau Heischkel teilt für die Fraktion AfD mit, dass sie sich dem Antrag der Fraktion Bürger für Stralsund anschließen. Der von der Fraktion AfD eingebrachte Antrag AN 0139/2020 wird somit zurückgezogen.

Herr Buxbaum sieht die Verlegung der Behindertenparkplätze als problematisch an.

Herr Haack stellt klar, dass die Verlegung unproblematisch ist.

Frau Bartel stimmt aufgrund der Bedeutung der Anwohnerparkplätze einer getrennten Abstimmung zu.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Zabel teilt der Oberbürgermeister mit, dass es sich bei Eingriffen in den Verkehr/Beschilderung um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis handelt. Den Beschlussvorschlag könnte man jedoch als wohlwollenden Hinweis interpretieren.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident die einzelnen Punkte des Antrags AN 0136/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, umzusetzen,

1. dass in der Straße Am Fischmarkt, zwischen Badenstraße und Semlower Straße, das Anwohnerparken aufgehoben wird.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0297

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, umzusetzen,

2. dass in der Fußgängerzone in der Badenstraße, zwischen Wasserstraße und Am Fischmarkt, das Radfahren untersagt wird.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0298

**zu 9.13 Änderung einer Fußgänger-und Fahrradzone im Bereich Wasserstraße Ecke Fischmarkt, in eine reine Fußgängerzone**  
**Einreicher: AfD Fraktion**  
**Vorlage: AN 0139/2020**

Der Antrag wurde von der Einreicherin unter TOP 9.12 zurückgezogen.

**zu 9.14 Aktualisierung der Satzungen und Verordnungen des Ortsrechts**  
**Einreicher: SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0131/2020**

Frau Bartel begründet kurz den Antrag.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0131/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt, die Verordnungen und Satzungen des Ortsrechts dahingehend zu aktualisieren, dass die in den Satzungen/Verordnungen genutzte Währung der Euro, nicht die D-Mark, ist.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 9.15 Winterdienst für die Straßenflächen**  
**Einreicher: SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0132/2020**

Frau Bartel begründet den Antrag. Sie bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Dr. Zabel ist der Auffassung, dass dies gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen würde.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0132/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft in ihrer nächsten Sitzung Änderungen der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungs-gebührensatzung dahingehend zur Beschlussfassung vorzulegen, dass in der Fußgängerzone die Hansestadt den Winterdienst für die gesamte Straßenfläche übernimmt und dafür eine gesonderte erhöhte Gebührenstufe eingeführt wird.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 9.16 Maßnahmen gegen Vandalismus in der Stadt**  
**Einreicher: SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0109/2020**

Herr Miseler begründet den Antrag ausführlich. Es sollten Maßnahmen entwickelt werden, um dem Vandalismus präventiv entgegenzuwirken. Herr Miseler wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Frau von Allwörden bestätigt die Bedeutung des Themas. Sie beantragt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung.

Herr Miseler stimmt einer Verweisung zu.

Herr Paul lässt wie folgt über den Verweisungsantrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0109/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um das gesamte Stadtgebiet von Aufklebern an Verkehrs-/Hinweisschildern, Ampeln sowie Laternen mitsamt den dazugehörigen Masten zu befreien, und welche Kosten damit einhergehen würden. Weitergehend sollen Maßnahmen geprüft werden, die ergriffen werden können, um weitere Beschädigungen und Verunreinigungen vorzubeugen (bspw. spezielle Lacke, die Flächen schützen und bereits in anderen Kommunen verwendet werden).

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung sowie dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vorzulegen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2020-VII-05-0299

**zu 9.17 Fahrradstraße zwischen Hansagymnasium und Brücke Langenkanal**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: AN 0142/2020**

Herr Suhr begründet den vorliegenden Antrag. Der Verkehr muss aus dem hochattraktiven Bereich am Wasser herausgenommen werden. Die Situation wird in dem Bereich durch die Touristenströme zusätzlich belastet. Es gilt, eine städtebaulich attraktivere Lösung zu finden. Er wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Frau Bartel ist erfreut, dass sich zur heutigen Sitzung mehrere Fraktionen mit dem Verkehr in der Altstadt auseinandergesetzt haben. Die Fraktion SPD wird dem Prüfauftrag zustimmen. Aus ihrer Sicht sollten nicht nur punktuelle Lösungen angestrebt werden, sondern der gesamte Verkehr in der Altstadt betrachtet werden.

Herr Ruddies erklärt für die Fraktion CDU/FDP, dass der Antrag abgelehnt wird. Er begründet dies damit, dass Verkehrsschwerpunkte nur verlagert werden.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0142/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um die Straßen „Seestraße“ und „Am Fischmarkt“ zwischen der Feuerwehr und der Brücke über den

Langenkanal /der Einbiegung zur Straße „Am Langenwall“ zu einer Fahrradstraße umzugestalten. In die Prüfung wird einbezogen, wie unter diesen Voraussetzungen der motorisierte Individualverkehr geführt werden kann.

Die Ergebnisse werden den Fraktionen und dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung bis zum Ende des Jahres 2020 vorgelegt.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 9.18 30 km/h für ein Teilstück des Frankendamms**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**  
**Vorlage: AN 0143/2020**

Herr Dr. von Bosse begründet den Antrag. Er verweist auf mögliche Unfallgefahren, insbesondere für Kinder und ältere Bürgerinnen und Bürger.

Herr Dr. Zabel erfragt von der Verwaltung, ob es sich tatsächlich um einen Unfallschwerpunkt handelt.

Herr Bogusch kann dies nicht bestätigen.

Herr Philippen erklärt für die Fraktion Bürger für Stralsund, den Antrag abzulehnen.

Frau Kühl meint, dass die Ausweisung einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h dann für das gesamte Stadtgebiet erfolgen müsste, wenn es um die Sicherheit der Kinder geht. Die Fraktion DIE LINKE wird den Antrag ablehnen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Präsident lässt wie folgt über den Antrag AN 0143/2020 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Für den Bereich des Frankendamms vom Kreisverkehr Wasserstraße/Frankendamm/Frankenwall bis zur Fritz-Reuter-Straße wird eine Zone mit einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h eingerichtet.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 9.19 Wahl eines Mitglieds in den Hauptausschuss**  
**Einreicher: Dr. Ronld Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0116/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Maximilian Schwarz wird als Mitglied in den Hauptausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0300

**zu 9.20 Wahl eines Vertreters in den Hauptausschuss**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0117/2020**

Da es keine Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident den Antrag AN 0117/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Heike Corinth wird als Vertreterin in den Hauptausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0301

**zu 9.21 Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe**  
**Einreicher: SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0133/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Klaus Winter (skE) wird als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0302

**zu 9.22 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe**  
**Einreicher: SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0134/2020**

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0134/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Thomas Würdich wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0303

**zu 9.23 Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0118/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Volker Borbe wird als Mitglied in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0304

**zu 9.24 Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und  
Gesellschafteraufgaben**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0124/2020**

Herr Paul stellt den Antrag AN 0124/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Maximilian Schwarz wird als Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und  
Gesellschafteraufgaben gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0305

**zu 9.25 Wahl eines Mitglieds in den Kulturausschuss**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0121/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Daniel Ruddies wird als Mitglied in den Kulturausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0306

**zu 9.26 Wahl eines Vertreters in den Kulturausschuss**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0128/2020**

Da es keine Redebeiträge gibt, lässt der Präsident wie folgt über den Antrag AN 0128/2020  
abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Kerstin Friesenhahn wird als Vertreter in den Kulturausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0307

**zu 9.27 Wahl eines Mitglieds in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0122/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Kerstin Friesenhahn wird als Mitglied in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0308

**zu 9.28 Wahl eines Vertreters in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0129/2020**

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0129/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Andreas Redlich wird als Vertreter in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0309

**zu 9.29 Wahl eines Vertreters in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0123/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Daniel Ruddies wird als Vertreter in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0310

**zu 9.30 Wahl eines Mitglieds in den Bildungsausschuss**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0127/2020**

Herr Paul stellt den Antrag AN 0127/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Frau Kathrin Ruhnke wird als Mitglied in den Bildungsausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0311

**zu 9.31 Wahl eines Mitglieds in den Rechnungsprüfungsausschuss**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0120/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Daniel Ruddies wird als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0312

**zu 9.32 Wahl eines Mitglieds in den Rechnungsprüfungsausschuss**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0125/2020**

Da es keine Redebeiträge gibt, lässt der Präsident wie folgt über den Antrag AN 0125/2020 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Henrik Gotsch wird als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0313

**zu 9.33 Wahl eines Vertreters in den Rechnungsprüfungsausschuss**  
**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0126/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Christian Meier wird als Vertreter in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0314

**zu 9.34 Wahl eines Mitglieds in den Betriebsausschuss**  
**Einreicher: AfD Fraktion**  
**Vorlage: AN 0137/2020**

Herr Paul stellt den Antrag AN 0137/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Jens Kühnel wird als Mitglied in den Betriebsausschuss gewählt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0315

**zu 9.35 Bestellung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat Stralsunder Innovations- und Consult GmbH**  
**Einreicher: AfD Fraktion**  
**Vorlage: AN 0138/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Frank Fanter wird als Mitglied in den Aufsichtsrat Stralsunder Innovations- und Consult GmbH bestellt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0316

**zu 9.36 Bestellung eines Mitglieds in den Verwaltungsrat Stralsunder Werkstätten gGmbH**  
**einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0115/2020**

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0115/2020 wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Christian Meier wird als Vertreter in den Verwaltungsrat der Stralsunder Werkstätten gGmbH bestellt.

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter  
2020-VII-05-0317

**zu 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters**

Es liegen im öffentlichen Teil der Sitzung keine Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters zur Genehmigung vor. i

**zu 11 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung**

Es liegen keine unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung zur Behandlung vor.

**zu 12 Behandlung von Vorlagen**

**zu 12.1 Vierzehnte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung**  
**Vorlage: B 0017/2020**

Aufgrund des zuvor beschlossenen Austritts aus der WFG mbH hält Herr Adomeit die Satzungsänderung für nicht erforderlich, da das Thema Stadtmarketing in den neuen Prozess der regionalen Wirtschaftsförderung einfließen könnte.

Herr Paul stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt wie folgt über die Vorlage B 0017/2020 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die 14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung laut Anlage.

Abstimmung: 26 Zustimmungen    6 Gegenstimmen    5 Stimmenthaltungen  
2020-VII-05-0318

**zu 12.2    1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund um die inkommunalisierten Flächen des Strelasundes und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss**  
**Vorlage: B 0035/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die während der Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit geäußerten Anregungen und Hinweise zur 1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund um die inkommunalisierten Flächen des Strelasundes (Anlage 1 und 2) und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes (Anlage 3 und 4) werden entsprechend Anlage 5 abgewogen.

2. Die 1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund (Anlage 1) mit Begründung und Umweltbericht (Anlage 2) und die Ergänzung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes (Anlage 3) mit Erläuterungsbericht (Anlage 4) für die inkommunalisierte Wasserfläche des Strelasundes in der vorliegenden Fassung vom Juni 2020 werden festgestellt.

3. Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt, die 1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund um die inkommunalisierten Flächen des Strelasundes mit Begründung einschließlich Umweltbericht (Anlage 1 und 2) dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen zur Genehmigung gemäß § 6 Abs. 1 Baugesetzbuch vorzulegen.

4. Die Erteilung der Genehmigung ist gemäß § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2020-VII-05-0319

**zu 12.3    Vereinsbeitritt Arbeitsgemeinschaft für fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommunen Mecklenburg-Vorpommern e.V.**  
**Vorlage: B 0019/2020**

Es besteht kein Redebedarf.

Der Präsident stellt die Vorlage B 0019/2020 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Hansestadt Stralsund sieht in der Fuß- und Radverkehrsförderung eine wichtige Aufgabe und unterstützt daher die Gründung der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen Mecklenburg-Vorpommern (AGFK MV) als e.V. Die Hansestadt Stralsund, vertreten durch den Oberbürgermeister tritt als Gründungsmitglied dem Verein AGFK MV als ordentliches Mitglied bei.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2020-VII-05-0320

**zu 12.4 Annahme einer Sachspende an den Zoo Stralsund i.H.v. 1.284,00 €  
Vorlage: B 0013/2020**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die in der Anlage aufgeführte Spende vom Landwirtschaftsbetrieb Aurel Hagen wird angenommen und dem Zoo zur Verfügung gestellt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen  
2020-VII-05-0321

**zu 13 Verschiedenes**

Die Mitglieder der Bürgerschaft haben keinen Redebedarf.

**zu 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil**

Herr Paul verabschiedet die Öffentlichkeit und leitet in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung ein.

**zu 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Präsident stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Vorlagen B 0040/2020, B 0041/2020, B 0039/2020, B 0032/2020, B 0033/2020, B 0021/2020, B 0024/2020 und B 0026/2020 gemäß Beschlussvorschlag beschlossen worden sind.

**zu 17 Schluss der Sitzung**

Herr Paul dankt für die Mitarbeit und schließt die 05. Bürgerschaftssitzung.

gez. Thomas Schulz  
1. Stellvertreter des  
Präsidenten der Bürgerschaft  
der Hansestadt Stralsund

gez. Maria Quintana Schmidt  
2. Stellvertreterin des  
Präsidenten der Bürgerschaft  
der Hansestadt Stralsund

gez. Steffen Behrendt  
Protokollführung

# TOP Ö 7.1



kleine Anfrage  
Vorlage Nr.: kAF 0067/2020  
öffentlich

**Titel: Hochzeitskutsche der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicher: Michael Adomeit**

Federführung: Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum: 10.08.2020
Bearbeiter: Adomeit, Michael	

Einreicher: Herr Adomeit
--------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Was sind die Gründe, warum die Hochzeitskutsche der Hansestadt Stralsund nicht mehr zum Einsatz kommt?

Begründung:

Für viele Stralsunder war das Vorfahren der weißen Hochzeitskutsche vor dem Rathaus ein unvergesslicher Moment. Der Kutscher mit Zylinder, das war was Besonderes und Einmaliges.

gez. Michael Adomeit

**Titel: Statistische Angaben zu Einwohnerzahlen**  
**Einreicher: Jens Kühnel, AfD-Fraktion**

Federführung: Fraktion AfD	Datum: 01.09.2020
Bearbeiter: Fraktion AfD	

Einreicher: Fraktion AfD
--------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wie viele Einwohner, aufgeschlüsselt nach männlich, weiblich und divers hat Stralsund mit den Stichtagen 31.12.2019 und 30.06.2020?
2. Wie viel Zuzug bzw. Fortzug gab es in den letzten 6 Monaten in 2019 und den ersten 6 Monaten in 2020?
3. Wie viele Geburten und Sterbefälle waren im letzten Halbjahr 2019 und im ersten Halbjahr 2020 zu verzeichnen?
4. Wie viele Einwohner gab es mit doppelter Staatsbürgerschaft, Einwohner in Asylunterkünften und Zuwanderer mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus mit Stand zum 31.12.2019 und 30.06.2020?

Begründung:

Die statistischen Angaben über demografischen Wandel in unserer Hansestadt sind besonders wichtig, um Stralsund als Wirtschaftsstandort weiterhin voranzubringen und gegeben falls frühzeitig auf einen negativen Wandel wie zum Beispiel in der Familien- und Wohnraumpolitik einzuwirken.

**Titel: Pflege und Erhaltung St. Jürgen Friedhof**  
**Einreicher: Harald Runge, AfD-Fraktion**

Federführung: Fraktion AfD	Datum: 01.09.2020
Bearbeiter: Runge, Harald	

Einreicher: Herr Runge
------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wie ist der Umsetzungsstand des aktuellen Pflege- und Entwicklungskonzeptes, welcher laut Aussagen in der Bürgerschaftssitzung vom 20.08.2020 3000 Mann-Stunden umfasst, für die Gestaltung des St. Jürgen Friedhofes?
2. In wie weit kann die Verwaltung die Arbeitsstunden erhöhen um nicht nur einen Mindeststandard umzusetzen.
3. Gibt es Möglichkeiten weitere städtische Unternehmen in die Pflege und Erhaltung mit einzubinden, wie das SIC oder die Stralsunder Werkstätten?

Begründung:

Der Zustand des St. Jürgen Friedhofes ist seit vielen Jahren ein problematisches Thema. Schon 2016 wurde von der Verwaltung erklärt, dass nur der Mindeststandard zum Erhalt des derzeitigen Zustandes geleistet werden kann. Schon damals wurde erklärt das um eine adäquate Pflege nach bestehendem Konzept ca. 5000 Mann-Stunden pro Jahr erfordern würde. Das Erreichen eines Vernünftigen Pflegezustandes sollte somit einen erhöhten Fokus bekommen, damit dieses Wahrzeichen von Stralsund wieder ein ansehlicher Anlaufpunkt wird.

**Titel: Wegereinigung-Wildwuchs**  
**Einreicher: Bernd Buxbaum, Fraktion DIE LINKE**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.09.2020
Bearbeiter: Buxbaum, Bernd	

Einreicher: Herr Buxbaum
--------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

**Anfrage:**

1. Wie setzt die Verwaltung den § 4 der "Satzung der Hansestadt Stralsund über die Straßenreinigung" durch, der die Übertragung der Reinigungspflicht zur Sommerreinigung auf die Grundstückseigentümer/Grundstückseigentümerinnen oder die zur Nutzung dinglich Berechtigten festlegt.
2. Wie oft hat die Hansestadt Stralsund Ordnungswidrigkeiten nach § 8 (1) Punkt 1 o.g. Satzung (Sommerreinigung) in den letzten zwei Jahren festgestellt und wie oft sind nach §8 (2) "Satzung der Hansestadt Stralsund über die Straßenreinigung" Geldbußen verhängt worden und in welcher Höhe?
3. Ist das Amt für stadtwirtschaftliche Dienste in der Lage, die Reinigungspflichten, die sich nach § 1 der "Satzung der Hansestadt Stralsund über die Straßenreinigung", für die öffentlichen Straßen für die Stadt selbst ergeben ausreichend nachzukommen? Die Frage bezieht sich ausschließlich auf die Sommerreinigung die in § 3 (1) Punkt 1 festgelegt ist.

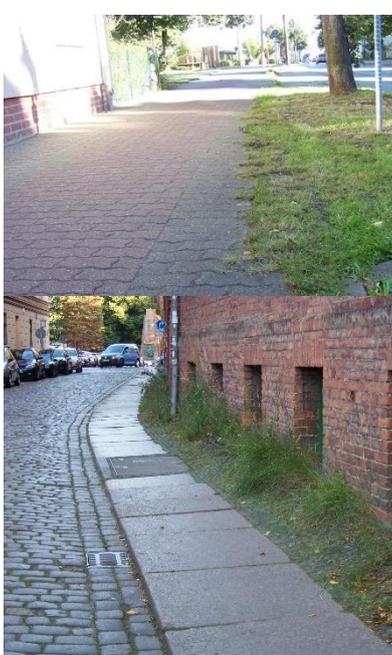
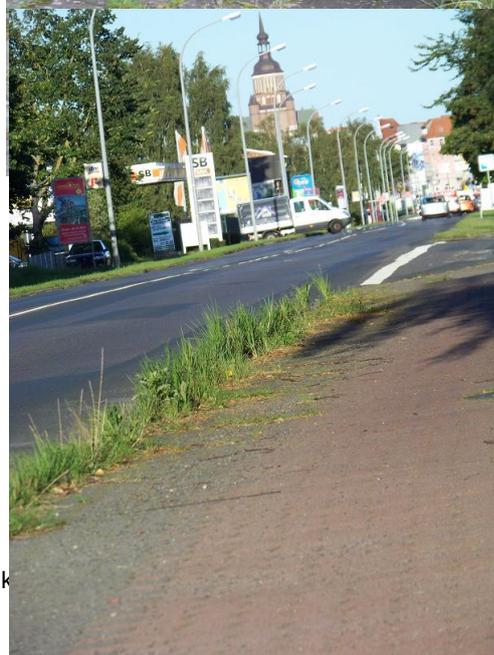
**Begründung:**

Der weit überwiegende Teil der Fahrbahnen, Fuß- und Radwege, sowie der Parkstreifen und Parkbuchten für den ruhenden Verkehr werden in der Hansestadt Stralsund von den Grundstücksnutzern und der Stadt selbst ausreichend bis vorbildlich sauber gehalten. Hiefür ist denen, die das tun Lob und Dank zu zollen.

Dennoch ist in vielen Stadtteilen, nicht nur vereinzelt festzustellen, dass manche Grundstücksnutzer ihrer Pflicht zur Straßenreinigung nicht ausreichend nachkommen. Es geht es nicht um drei Grashalme oder ein Gänseblümchen welche kontinuierlich nachwachsen, sondern um Flächen die seit Monaten oder gar seit Jahren nicht von Bewuchs gereinigt worden sind. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Flächen privater Grundstücksnutzer, sondern auch um Grundstücksnutzer als Wohnungsbaugesellschaften, Grundstücksverwaltungsgesellschaften, private Unternehmen, Einrichtungen des Sozialsystems, städtische Gesellschaften und auch um die Hansestadt selbst.

Offt befinden sich die unzureichend bis gar nicht gereinigten Flächen in den Wohngebieten. Leider sind auch Parkplätze für Menschen mit Behinderungen darunter. Aber auch an viel genutzte Zufahrtsstraßen zum Stadtzentrum oder zu den Stadtteilen die von Durchreisenden oder Gästen genutzt werden sind Pflanzenwucherungen festzustellen. Das gibt kein schönes Bild für unsere Stadt ab und fördert nicht die Motivation der Einwohner für Ordnung und Sauberkeit zu sorgen.

Bernd Buxbaum





**Titel: Soforthilfe für Vereine, Verbände des kulturellen, sozialen und sportlichen Bereiches**

**Einreicher: Sebastian Lange, Fraktion DIE LINKE.**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.09.2020
Bearbeiter: Lange, Sebastian	

Einreicher: Herr Lange
------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung des o.g. Beschlusses der Bürgerschaft?
2. Kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgehensweise einer Prüfung auf Rechtssicherheit durch das Innenministerium M-V Stand hält?
3. Wie ist diese Soforthilfe bisher bei den hilfebedürftigen Vereinen und Verbänden angekommen und wie ist diese Hilfe bisher in Anspruch genommen worden?

### **Begründung:**

Die Bürgerschaft hat am 16.04.2020 beschlossen, die Einstellung einer Soforthilfe in den Haushalt 2020 für Vereine, Verbände des kulturellen, sozialen und sportlichen Bereiches in Höhe von 60.000 € zu prüfen. Die Verwaltung hat dazu dem Hauptausschuss am 28.04.2020 ein Antragsformular „Antrag auf Soforthilfe zur Unterstützung von Vereinen und Verbänden in der Hansestadt Stralsund aufgrund der Auswirkungen der Corona Virus – Pandemie“ vorgelegt und diesen beraten und genehmigt. Bisher liegen keine genauen Informationen vor wie diese Soforthilfe bei den hilfebedürftigen Vereinen und Verbänden angekommen ist und wie diese in Anspruch genommen wurde.

Sebastian Lange

**Titel: Sanierung/Neubau der Straße Boddenweg Andershof und Beräumung der Gärten**

**Einreicher: Andrea Kühl, Fraktion DIE LINKE.**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.09.2020
Bearbeiter: Kühl, Andrea	

Einreicher: Frau Kühl
-----------------------

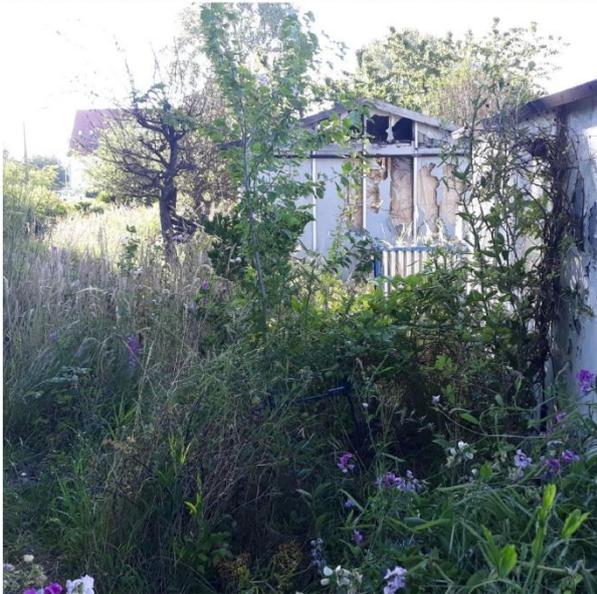
Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wann ist die Sanierung der Straße Boddenweg in Andershof vorgesehen?
2. Wie ist der Stand der Planungen des neuen Eigentümers zur Bebauung der Fläche der ehemaligen Gärten am Boddenweg Andershof?
3. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet um der vorhandenen Vermüllung und dem Vandalismus in der ehemaligen Gartenanlage entgegenzuwirken?

**Begründung:**

Den Anwohnern und Betrachtern bietet sich ein schreckliches Bild der Vermüllung und des Vandalismus!



**Titel: städtebaulicher Missstand ehemalige Gewerbeflächen (LIW) Andershof**  
**Einreicher: Marc Quintana Schmidt, Fraktion DIE LINKE.**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 15.09.2020
Bearbeiter: Quintana Schmidt, Marc	

Einreicher: Herr Quintana Schmidt
-----------------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wie ist der Stand der Planungen der neuen Eigentümer zur Beseitigung des städtebaulichen Missstandes der ehemaligen Gewerbeflächen (LIW) Andershof?
2. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet um der vorhandenen Vermüllung und dem Vandalismus entgegenzuwirken?
3. Sind die offenen Forderungen gegenüber dem ehemaligen Eigentümer zwischenzeitlich eingeholt?

### **Begründung:**

Am 19.10.2017 hat Herr Kobsch auf eine kleine Anfrage von Herrn Adomeit hin der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die neuen Eigentümer das Ziel verfolgen die Gebäude zunächst weiter nutzen zu wollen um Vermüllung und Vandalismus vorzubeugen. Der städtebauliche Missstand soll dann mit einer Wohnbebauung beseitigt werden. Dass sollte dann nach 2020 erfolgen. Der Öffentlichkeit zeigt sich heute jedoch ein anderes, noch schlimmeres Bild als vor nahezu drei Jahren.

Marc Quintana Schmidt



**Titel: zur Halbinsel Devin**  
**Einreicher: Ute Bartel, SPD-Fraktion**

Federführung: Fraktion SPD  
Bearbeiter: Bartel, Ute

Datum: 16.09.2020

Einreicher: Frau Bartel

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
----------------	--------	---

Anfrage:

1. Wie oft ist das Parkverbot ab 22.00 Uhr beim Parkplatz beim Naturschutzgebiet der Halbinsel Devin kontrolliert worden und wie wird die Anzahl der Kontrollen begründet?
2. Wie garantiert die Hansestadt Stralsund, dass der zur Stadt gehörende Strandabschnitt der Halbinsel Devin nicht zum Baden genutzt wird?
3. Welche Maßnahmen sieht die Hansestadt Stralsund in Zukunft vor, um Regelungen (bspw. das Parkverbot nach 22.00 Uhr oder das Badeverbot im Naturschutzgebiet) in den Teilen Devins, die der Hansestadt Stralsund gehören, durchzusetzen?

Begründung:

Häufig erfolgt nach 22.00 Uhr eine unbefugte Nutzung des Parkplatzes beim Naturschutzgebiet der Halbinsel Devin, die nicht selten menschenverursachte Rückstände dalässt.

Vor allem an heißen Sommertagen kam und kommt es vor, dass der Strandabschnitt des Naturschutzgebietes durch viele Menschen wie ein Freibad genutzt wird.

Vor allem in Naturschutzgebieten sollte die Hansestadt Stralsund in allem Maße bemüht sein, unerlaubte Nutzungen zu verhindern.

**Titel: Stand der Planungen im Quartier 65**

**Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	17.09.2020
Bearbeiter:	Suhr, Jürgen		

Einreicher:	Herr Suhr
-------------	-----------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wie ist der Stand der Planungen zur Entwicklung des Quartiers 65?
2. Zu welchen Ergebnissen ist die Verwaltung inzwischen in Bezug auf den Bürgerschaftsbeschluss gelangt, ob das Projekt mit einer städtischen GmbH umgesetzt werden kann und ob der Neubau einer Schwimmhalle in das Projekt integriert werden soll?

Begründung:

Im Herbst 2017 entschied die Bürgerschaft, für die Entwicklung der städtischen Grundstücke des Quartiers 65 ein öffentliches Investorenauswahlverfahren in Verbindung mit einem Planungswettbewerb durchzuführen. Dabei war ein Hotelprojekt Kernbestandteil des Nutzungskonzeptes.

Im Herbst 2018 beendete eine Mehrheit der Bürgerschaft dieses Verfahren nach strittiger Diskussion. In der Zwischenzeit, insbesondere vor der Kommunalwahl 2019, wurden Nutzungsvorschläge für dieses Areal propagiert, die eine ganz andere Ausrichtung planten. So wurden unter anderem Planungen für ein Schwimmbad in den Raum gestellt.

**Titel: Unterstützung der Skatehalle**

**Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	17.09.2020
Bearbeiter:	Kindler, Anett		

Einreicher:	Frau Kindler
-------------	--------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, die Initiatoren um die Skatehalle (im ehemaligen Götzen Baumarkt) zu unterstützen?

Begründung:

Eine über die Stadtgrenzen hinaus bekannte agierende Initiative (die einzige solcher Art in M-V) betreibt mit einem hohen Anteil an Eigenmitteln, Eigenleistungen und Engagement eine Skatehalle im ehemaligen Götzen Baumarkt in Stralsund. Dabei stoßen die Verantwortlichen immer wieder an sachliche und finanzielle Grenzen.

Die große Bedeutung für den Freizeitbereich von Kindern und Jugendlichen, die Wichtigkeit für gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Spaß, Sport, Spiel sowie die soziale Verantwortung und nicht zuletzt die wertvolle Nutzung dieser Räumlichkeiten sind Begründung genug für diese Anfrage. Leider müssen die Betreiber immer wieder über das Einstellen ihres Angebotes nachdenken. Hier wäre eine langfristige Sicherheit für den Standort und das Angebot an unsere Kinder und Jugendlichen von großer Bedeutung.

**Titel: zur Warnsituation in Stralsund**  
**Einreicher: Heike Carstensen, SPD-Fraktion**

Federführung: Fraktion SPD	Datum: 21.09.2020
Bearbeiter: Carstensen, Heike, Dr.	

Einreicher: Frau Carstensen
-----------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wie würde im Falle einer akuten Notsituation die Bevölkerung Stralsunds gewarnt werden?
2. Wie viele funktionierende Sirenen befinden sich derzeit im Stralsunder Stadtgebiet?
3. Welche Maßnahmen sind geplant, um das Warnsystem zu verbessern?

Begründung:

Am 10. September 2020 fand der bundesweite Warntag statt, an dem Warnsysteme getestet werden sollten, um die Bevölkerung im Falle einer Notfalls warnen zu können – in Stralsund blieb es jedoch ruhig.

**Titel: zu Wildschweinen im Stadtgebiet**  
**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**

Federführung: Fraktion SPD  
Bearbeiter: Miseler, Mathias

Datum: 21.09.2020

Einreicher: Herr Miseler

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
----------------	--------	---

Anfrage:

1. Welche Stellen sind der Verwaltung bekannt, an denen es wiederholt zu Begegnungen zwischen Menschen und Wildschweinen im Stadtgebiet kommt?
2. Wie beurteilt die Verwaltung das Verhalten der Tiere: Ist von einer potentiellen Gefahr auszugehen?
3. Welche Maßnahmen werden in Betracht gezogen, um den Kontakt zwischen Mensch und Tier zu verringern?

Begründung:

In der letzten Zeit kam es vermehrt zu Wildschweinsichtungen im Stadtgebiet, z.B. am Grünhofer Bogen (Höhe Strela Park) sowie im Kreuzungsbereich zwischen den Kreuzungen Vogelsangstraße/Grünhofer Bogen und Vogelsangstraße/An der Stadtkoppel. Aufgrund der Schweinepest sehen andere Bundesländer bereits Handlungsbedarf und nahmen Einschränkungen vor.

**Titel: Entwicklung Gewerbegebiet ehemalige Ölspaltanlage Stralsund**  
**Einreicher: Daniel Ruddies, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 21.09.2020
Bearbeiter: Ruddies, Daniel	

Einreicher: Herr Ruddies
--------------------------

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Gibt es nach der Insolvenz der dortigen Sundpark GmbH im Jahr 2019 einen Rechtsnachfolger oder wer kümmert sich um die bestehenden Flächen?
2. Welche neuen Entwicklungen oder geplante Ansiedlungen gibt es dort im Gewerbegebiet?
3. Wer kümmert sich um die Bestellung der freien Flächen und um die notwendigen Grünflächenarbeiten auf dem Gelände?

Begründung:

Nach Insolvenz des dort geplanten Event- und Caravanparks Sundpark, verwildert das Gelände immer mehr. Die vorhandene Infrastruktur und Bauten werden nach und nach zerstört und als Abenteuerspielplatz durch Kinder und Jugendliche genutzt. Eine dauerhafte Sicherung des Geländes ist nicht erkennbar. Zu dem nimmt der Bewuchs auf dem gesamten Gelände des Gewerbegebietes dauerhaft zu und lässt auch einen Zustand vermissen, der einen guten Eindruck hinterlässt und ggf. bei weiterem Aufwuchs auch wieder zu weiteren Hindernissen für Interessenten führen kann.

Daniel Ruddies, CDU/FDP-Fraktion

**Titel: Zukunft des Kaufhauses Wertheim**  
**Einreicherin: Friederike Fechner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	22.09.2020
Bearbeiter:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
-------------	--

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wie ist der Stand zum beabsichtigten Verkauf des Gebäudekomplexes „ehemaliges Wertheim-Kaufhaus“ in Stralsund und welche zukünftigen Nutzungsabsichten sind der Verwaltung für das Denkmal bekannt?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, potenzielle neue Eigentümer\*innen auf die große Bedeutung des ersten Kaufhauses in Deutschland mit seiner einzigartigen Lichthofarchitektur hinzuweisen und dahingehend Einfluss zu nehmen, dass diese denkmalgeschützte Architektur nicht nur erhalten, sondern auch für die Stralsunder\*innen und Besucher\*innen erlebbar bleibt?
3. Wie schätzt die Verwaltung die Möglichkeiten ein, die besondere Historie des Komplexes in einem Teil des Hauses, etwa über eine museale Einrichtung, für aktuelle und nachfolgende Generationen erfahrbar zu machen?

Begründung:

Das ehemalige Wertheim-Kaufhaus in Stralsund wird auf verschiedenen Internetportalen für 8,2 Millionen Euro zum Verkauf angeboten. Dieser Gebäudekomplex ist für die historische Altstadt städtebaulich von großer Bedeutung, denn das 1904 von Georg Wertheim gegründete erste Warenhaus Deutschlands ist ein Beispiel einmaliger Lichthofarchitektur und steht für die große internationale Warenhauskultur, die um die Jahrhundertwende das Kaufverhalten der Bevölkerung stark beeinflusste und zum Einkaufserlebnis hat werden lassen.

Durch den Gang unserer belasteten Geschichte haben wir eine besondere Verantwortung, die von unseren jüdischen Kaufleuten in Stralsund gegründeten, außerordentlich bedeutungsvollen Beispiele erster Warenhaustempel in Deutschland in ihrer Besonderheit zu bewahren. Zudem ist es in Bezug auf eine angemessene Erinnerungskultur hilfreich, wenn diese architektonischen Zeugnisse auch dauerhaft zugänglich für die Öffentlichkeit bleiben.

So hätte die Nutzung eines Teils dieses Hauses durch ein Kaufhausmuseum nach unserer Einschätzung landes- und bundesweit Alleinstellungscharakter und würde dem weltoffenen Profil unserer Hansestadt Rechnung tragen. Die Einrichtung eines, vielleicht auch kleinen, Museums, könnte eine schöne Chance sein, die Museumslandschaft in Stralsund zu um einen weiteren spannenden Aspekt ergänzen. Die Nutzung des Objektes ist nach unserer Auffassung von erheblichem öffentlichen Interesse.

**Titel: Handlungsoptionen gegen die weitere Vermüllung von Stränden und Gewässern**

**Einreicherin: Petra Voß, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	22.09.2020
Bearbeiter:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
-------------	--

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Welche Handlungsmöglichkeiten nutzt die Hansestadt derzeit, um der Vermüllung der Stralsunder Strände, der Stadtteiche und des Sundes entgegenzuwirken und wie wird die Wirksamkeit der bereits laufenden Maßnahmen und bestehenden Konzepte bewertet?
2. Welche Planungen bestehen in der Stadtverwaltung, um der Vermüllung der Stralsunder Strände und Gewässer zukünftig weiter entgegenzuwirken und in welchem Zeitrahmen sollen welche Maßnahmen umgesetzt werden?
3. Wie ist der aktuelle Stand zur Erarbeitung und Beschlussfassung über eine „Satzung zur Plastikmüllvermeidung bei Veranstaltungen“ bzw. „Müllvermeidungssatzung“?

Begründung:

zu 1. und 2.: Jüngst hat das Leibniz-Institut für Ostseeforschung in Warnemünde (IOW) in einem Artikel der Ostsee-Zeitung (vgl. Ausgabe vom 21.09.20) die Ergebnisse ihrer laufenden Untersuchungen zum Anlass genommen, konsequente Verbesserungen in Hinsicht auf die Vermüllung von Stränden und Gewässern zu fordern. Die Anfrage dient dem Zweck, den aktuellen Stand und die zukünftigen Planungen der Verwaltung in diesem Kontext in Erfahrung zu bringen. Die Hansestadt Stralsund hat mit ihrer Lage direkt am Sund, mit im Stadtgebiet liegenden Stränden und dem Hafen als Kommune eine besondere Verantwortung dafür, dass aus unserer Stadt keine schädlichen Stoffe in die Umwelt geraten.

zu 3.: Bisher wurden der Kulturausschuss und der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung nicht mit einem entsprechenden Satzungsentwurf befasst.

**Titel: Wirtschaftsförderung in Vorpommern**

**Einreicher: Robert Gränert, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	22.09.2020
Bearbeiter:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
-------------	--

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	01.10.2020	

Anfrage:

1. Wie und durch wen werden die Aufgaben der Wirtschaftsförderung übernommen, die bisher durch die Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern (WFG) wahrgenommen wurden und welche Veränderungen hinsichtlich der neuen Aufgabenstruktur sind zu erwarten?
2. Welchen zeitlichen Rahmen gibt es für den Übergang zur angedachten „neuen Struktur“ und welche Beteiligungsschritte seitens der Hansestadt Stralsund sollen erfolgen?
3. Welche Unternehmen und Einrichtungen, die Ihren Sitz oder eine Betriebsstätte in der Hansestadt Stralsund haben, sind in laufende EU-Projekte bzw. als Partner\*innen eingebunden, die von der WFG umgesetzt werden?

Begründung:

Mit dem Austritt als Gesellschafter der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern verliert die Hansestadt Stralsund wichtige Einflussmöglichkeiten auf laufende und ggf. zukünftige Projekte, die derzeit durch die WFG durchgeführt, bzw. geplant werden. Der Übergang von der bisherigen regionalen Wirtschaftsförderung auf eine neue Struktur ist ein Prozess, der eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Mit dieser Anfrage soll geklärt werden, wie die Abwicklung laufender Projekte durch die WFG gedacht ist und welcher zeitliche Rahmen für den Übergang auf eine neue Zielstruktur vorgesehen ist.

## **Titel: Einrichtung eines Kur- / Bäderbetriebes in der Hansestadt Stralsund**

Federführung:	Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum:	18.08.2020
Einreicher:	Adomeit, Michael		

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Bürgerschaft	01.10.2020	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Synergieeffekte eine balneologische Nutzung der vorhandenen Solevorkommen für die Gewerbetreibenden der Hansestadt Stralsund hat.

Begründung:

Durch die Errichtung eines Kur- / Bäderbetriebes in der Hansestadt Stralsund könnte die vorhandene Infrastruktur von Hotels, Gaststätten und Kultureinrichtungen ganzjährig genutzt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Michael Adomeit

## **Titel: Beginn des Weihnachtsmarktes 2020 vorverlegen**

Federführung:	Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum:	31.08.2020
Einreicher:	Adomeit, Michael Fraktion Bürger für Stralsund		

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Bürgerschaft	01.10.2020	

### Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, den Beginn des Weihnachtsmarktes 2020 nach Absprache mit allen Beteiligten einmalig vorzuverlegen.

### Begründung:

Durch die Pandemie in diesem Jahr, kam es bei vielen Gewerbetreibenden zu existenzbedrohenden Einnahmeverlusten. Die Vorverlegung der Eröffnung des Weihnachtsmarktes könnte den Gewerbetreibenden aber helfen.

Michael Adomeit  
Einzelbürgerschaftsmitglied

Thomas Haack  
Fraktion Bürger für Stralsund

## **Titel: Nutzung der Geothermie in der Hansestadt Stralsund**

Federführung:	Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum:	08.09.2020
Einreicher:	Adomeit, Michael, Einzelbürgerschaftsmitglied		

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
-----------------------	---------------	--

### Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten zur Errichtung eines Geothermiekraftwerkes in der Hansestadt Stralsund durch das Land und den Bund bestehen.

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben zur Beratung vorzulegen.

### Begründung:

Viele Kommunen setzen aufgrund der vielfältigen Nutzung auf Geothermie.

Michael Adomeit  
Einzelbürgerschaftsmitglied

**Titel: Ostseeküstenradwanderweg zwischen Andershof und Devin**  
**Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	08.09.2020
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	01.10.2020	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Streckenführung des Ostseeküstenradwanderweges zwischen Andershof und Devin verändert werden kann. Insbesondere soll eine Variante geprüft werden, die eine Führung des Weges zwischen der vorhandenen Sukzessions-, bzw. Ausgleichsfläche und der derzeit als Ackerland genutzten Fläche zwischen Andershof und Devin beinhaltet.

Die Bürgerschaft empfiehlt im Rahmen der Prüfung auch das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund anzusprechen, um Möglichkeiten einer Mitnutzung und (Mit-)Finanzierung als Betriebsweg des WSA auszuloten. Der zuständige Fachausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung ist über das Prüfungsergebnis zu unterrichten.

Begründung:

Der Ostseeküstenradwanderweg im Abschnitt Andershof-Devin ist derzeit in einem verbesserungswürdigen Zustand und weist eine suboptimale Streckenführung aus. Wir schlagen daher eine alternative Streckenführung vor, die einen weniger weitreichenden Eingriff in die vorhandene Sukzessionsfläche beinhaltet und bei Möglichkeiten für eine Neutrassierung auch in Bezug auf den Ausbaustatus Verbesserungsmöglichkeiten sieht.

Die Einbeziehung des WSA bietet vielleicht die Chance einer Mitfinanzierung der Maßnahme, da Bundesmittel zur Verfügung stehen (Bundeshaushalt, Kapitel 1203, Titel 780 04), in deren Rahmen der Aus- und Neubau von Betriebswegen möglich ist.

Jürgen Suhr  
Fraktionsvorsitzender

**Titel: Pflasterung der Straßen in der Altstadt**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	17.09.2020
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	01.10.2020	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt bei der zuständigen UNESCO-Kommission zu ermitteln, welche konkreten Maßnahmen zur Beseitigung von Unebenheiten aufgrund der Pflasterung der Straßen der Stralsunder Altstadt mit dem Status als UNESCO-Weltkulturerbe vereinbar sind.

Begründung:

Viele Straßen und Gehwege der Stralsunder Altstadt sind aufgrund der Pflasterung sehr uneben. Das Fortkommen auf den Gehwegen ist insbesondere für Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen, aber auch Kinderwagen beschwerlich. Für Fahrradfahrer sind die gepflasterten Straßen der Altstadt häufig eine Zumutung.

Technisch gibt es vielfältige Möglichkeiten, mit ebenem oder abgeflachtem Pflaster entsprechend „glatte“ Fahrstreifen und Wege anzulegen, ohne den historischen Eindruck der Pflasterung zu zerstören. Allerdings wird regelmäßig durch die Stadtverwaltung und auch Teile der Bürgerschaft behauptet, eine Verbesserung der Ebenheit der Straßen und Gehwege der Innenstadt sei nicht möglich, da entsprechende Veränderungen den Status als Weltkulturerbe gefährden würden.

Diese Aussage ist bislang durch keine offizielle Aussage der dafür zuständigen UNESCO-Kommission belegt und widerspricht auch den in anderen Welterbestätten (z.B. Lübeck, Quedlinburg oder Regensburg) zu beobachtenden Maßnahmen in diesem Bereich. Die Stadt und die Bürgerschaft vergeben viele Gestaltungsmöglichkeiten, wenn die möglicherweise bestehenden Spielräume nicht erfragt werden.

:

**Titel: Errichtung einer Boulderwand**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	17.09.2020
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	01.10.2020	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob bei der Neugestaltung des Stralsunder Strandbades die Errichtung einer Boulderwand möglich ist und welchen zeitlichen und finanziellen Aufwand solch ein Vorhaben hätte.

Das Ergebnis soll den Ausschüssen für Finanzen und Vergabe, dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sowie dem Sportausschuss vorgestellt werden.

Begründung:

Bouldern ist eine beliebte Trendsportart, die Kondition und Koordination fördert. Schon Vorschulkinder können dies ohne große Vorbereitung oder Ausrüstung ausüben. Viele Städte, unter anderem Leipzig, haben bereits Boulderwände errichtet, um Erholungsasen attraktiver zu gestalten.

**Titel: zur Fertigstellung von Nord Stream 2**  
**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 21.09.2020
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	01.10.2020	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund stellt sich vollumfänglich hinter die Fertigstellung von Nord Stream 2.

Begründung:

Durch die USA und die Partei Bündnis 90/Die Grünen wird seit Monaten gefordert, den Weiterbau von Nord Stream 2 zu beenden. Da diese Erdgastrasse aber äußerst wichtig für die Energieversorgung von Deutschland und Europa ist, unterstützen wir die Fertigstellung. Gerade in der jetzigen Zeit der erneuerbaren Energien kann auf das russische Gas nicht verzichtet werden. Seit Jahrzehnten ist Russland ein verlässlicher Energielieferant für Deutschland und Europa!

Die Alternative wäre, amerikanisches Frackinggas einzuführen. Aber genau dieses wollen wir nicht! Es wird umweltgefährdend gewonnen und über die Transportwege über den Atlantik wollen wir lieber gar nicht erst reden. Der Schadstoffausstoß der Flüssiggastanker spottet jeder Beschreibung.

Michael Philippen  
Fraktionsvorsitzender

**Titel: Erpressung hat im Welthandel nichts zu suchen – Nord Stream 2 soll fertig gestellt werden**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 22.09.2020
Einreicher: Fraktion DIE LINKE	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund spricht sich für die zügige Fertigstellung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, sowie deren Inbetriebnahme, aus.

Die Bürgerschaft hat kein Verständnis für die Drohung dreier US-Senatoren an die Adresse der Betreiber des Hafens Sassnitz-Mukran, die darauf gerichtet ist die Fertigstellung dieses Projektes zu verhindern.

Die wirtschaftspolitische Position der Bundeskanzlerin, Angela Merkel und der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig wird in dieser Frage durch die Bürgerschaft unterstützt, ebenso wie ihre Zurückweisung der Sanktionsdrohung.

Begründung:

Wirtschaftliche Einmischungen aus Übersee die der Untergrabung der bewährten, stabilen und zuverlässigen Energielieferung aus Russland nach Deutschland dienen, sind nicht hinzunehmen.

Die Kommunen aus Vorpommern, das Land Mecklenburg Vorpommern und die Bundesrepublik benötigen das Erdgas als Zwischenschritt zur Erreichung der Klimaziele entsprechend des Pariser Klimaabkommens. Durch Gaskraftwerke kommt Deutschland seinen Klimaschutzziele deutlich näher, in dem die Braunkohle durch Erdgas ersetzt wird. (sobald ausreichend und kontinuierlich regenerative Energie zur Verfügung steht sind die Gaskraftwerke still zu legen) Es könnten 70 Millionen Tonnen CO2 weniger erzeugt werden.

Andrea Kühl  
Fraktionsvorsitzende

**Titel: zum Fütterungsverbot**  
**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung: Fraktion Bürger für Stralsund	Datum: 21.09.2020
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	01.10.2020	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an den Stadtteichen Schilder mit der Aufschrift Füttern verboten aufstellen zu lassen.

Begründung:

In letzter Zeit nimmt das Füttern an den Stadtteichen überhand. Nicht nur, dass es ungesund für die Tiere ist, es werden auch gefühlt ganze Brote und Essenabfälle, welche in die braune Tonne gehören, entsorgt. Damit werden noch zusätzlich die Ratten angelockt. Es hat niemand etwas dagegen, wenn die kleinen Kinder mal ein paar kleine Stückchen Brot an die Enten und Schwäne verfüttern. Aber gegen die Entsorgung sämtlicher Küchenabfälle muss vorgegangen werden!

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für die Schilder sollen aus dem laufenden Haushalt beglichen werden.

Michael Philippen  
Fraktionsvorsitzender

**Titel: Sicherung des Werft – Standort Stralsund**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 22.09.2020
Einreicher: Fraktion DIE LINKE	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund stellt sich hinter die Rettungsbemühungen der Landesregierung für die MV Werften, mit ihren 3.100 Arbeitsplätzen, in Rostock, Wismar und Stralsund.

Begründung:

Es sind auf allen politischen Ebenen Anstrengungen zu unternehmen um die MV Werften im Land und die in Stralsund, als den wichtigsten industriellen Arbeitgeber der Hansestadt Stralsund zu erhalten. Die Bürgerschaft kann es sich nicht vorstellen, dass der Schiffbau in Stralsund „in dieser Form“ keine Zukunft haben soll.

Andrea Kühl  
Fraktionsvorsitzende

**Titel: Erweiterung/Neuerrichtung vom Sport- und Bewegungspark**  
**Einreicher: Mathias Miseler**

Federführung: Fraktion SPD	Datum: 21.09.2020
Einreicher: Fraktion SPD	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	01.10.2020	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt,

1. den vorhandenen Sport- und Bewegungspark in Grünhufe bzgl. seines Zustandes und seiner Ausstattung zu prüfen. Des Weiteren soll eine Erneuerung der ausgeblichenen Schilder geprüft werden.
2. zu prüfen, ob es Fördermittel gibt, um den Sport- und Bewegungspark zu erweitern bzw. einen neuen in einem anderen Stadtteil zu errichten. Sollten keine Fördermittel für eine Erweiterung bereitstehen, soll konkret die Finanzierung einer Neueröffnung eines solchen Parks in einem anderen Stadtteil geprüft werden und ob es für diese Fördermittel gibt.

Begründung:

Der derzeitige Park wird von vielen Bürger\*innen genutzt. Jedoch sind die Hinweisschilder für die Nutzung der Geräte bereits verblichen, was zeitnah geändert werden sollte. Da der Park häufig genutzt wird, sind weitere Geräte zum Sportmachen und Bewegen wünschenswert. Besondere Beachtung sollte hier finden, dass die Geräte sowohl von älteren Bürger\*innen als auch von Kindern genutzt werden. Auch in anderen Stadtteilen sollten sich die Anwohner\*innen an solch einem Park erfreuen können, weshalb weitere Neueröffnungen geprüft werden sollen. Beispielhaft ist hier die Stadt Swinemünde zu nennen, die einen sehr großen Sport- und Bewegungspark mit EU-Fördermitteln errichtet hat.

TOP Ö 9.11



TOP Ö 9.11





HERKULES



## REGULAMIN KORZYSTANIA Z SIŁOWNI NA ŚWIEŻYM POWIETRZU

1. Każda osoba korzystająca pierwszy raz z urządzeń siłowni ma obowiązek zapoznać się z zasadami bezpiecznego korzystania z urządzenia i sposobem wykonywania ćwiczeń, zamieszczonym na każdym urządzeniu.
2. Przed przystąpieniem do ćwiczenia należy sprawdzić stan urządzenia.
3. Siłownia udostępniona jest nieodpłatnie.
4. Siłownia przeznaczona dla osób powyżej 140 cm wzrostu. Na terenie siłowni zewnętrznej dzieci powinny przebywać pod opieką osób dorosłych.
5. Korzystający z urządzeń siłowni ćwiczą na własną odpowiedzialność.
6. Osoby z problemami zdrowotnymi, przed przystąpieniem do ćwiczeń, powinny skonsultować się z lekarzem.
7. Osoby naruszające porządek publiczny lub przepisy niniejszego regulaminu będą usuwane z terenu siłowni, niezależnie od ewentualnego skierowania sprawy na drogę postępowania w sprawach o wykroczeniach.
8. Osoby korzystające z siłowni nie mogą być pod wpływem alkoholu, narkotyków lub innych środków odurzających.
9. Na teren siłowni zabrania się wnoszenia wszelkiego rodzaju niebezpiecznych przedmiotów, środków odurzających, substancji psychotropowych, napojów alkoholowych oraz palenia wyrobów tytoniowych.
10. Za zniszczenia lub uszkodzenie sprzętu spowodowane użyciem go niezgodnie z instrukcją użytkowania, obowiązuje odpłatność w wysokości 100% wartości szkody.
11. Po zakończeniu ćwiczenia, urządzenie z którego się korzystało, winno być pozostawione w należyтым stanie technicznym, jego otoczenie powinno być czyste.



„Europejski Fundusz Rolny na rzecz Rozwoju Obszarów Wiejskich:  
Europa inwestująca w obszary Wiejskie”

Operacja - „Budowa ogólnodostępnej i niekomercyjnej infrastruktury turystycznej i rekreacyjnej  
gn. budowa siłowni plenerowych  
w Miedzyszdrojach i w Wapnicy wraz z małą architekturą parkową”.

Projekt ma na celu stworzenie 2 nowych miejsc rekreacji ruchowej i zdrowotnej w Miedzyszdrojach i w Wapnicy poprzez zagospodarowanie części terenu Parku Jędrzejowskiego o powierzchni 1447,87 m<sup>2</sup> w Miedzyszdrojach i terenu o powierzchni 374,40 m<sup>2</sup> przy świetlicy wiejskiej w Wapnicy, pochwili na zmianę wizerunku parku i okolicy w atrakcyjny sposób wspierając rekreacyjną, z możliwością spędzenia wolnego czasu na świeżym powietrzu.

współfinansowana jest

ze środków Unii Europejskiej w ramach poddziałania „Wsparcie na wdrożenie operacji w ramach strategii rozwoju lokalnego kierowanego przez społeczność” w ramach działania „Wsparcie dla rozwoju lokalnego w ramach inicjatywy LEADER” Programu Rozwoju Obszarów Wiejskich na lata 2014-2020.



Chill mal Berlin.

**Ważne numery telefonów:** Komenda Policji 997, Pogotowie Ratunkowe 999, Straż Pożarna 998,  
Europejski Numer Alarmowy 112

**Titel: Beschilderung der Steilküste Devins**

**Einreicher: SPD-Fraktion**

Federführung: Fraktion SPD	Datum: 16.09.2020
Einreicher: Fraktion SPD	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, an welchen Stellen der Steilküste am Nordstrand Devins Beschilderungen, die Steilküste nicht zu betreten, erfolgen können und welche Kosten der Hansestadt Stralsund durch eine Beschilderung entstehen würden.

Begründung:

Das Betreten der Steilküste am Nordstrand Devins ist derzeit ungehindert möglich und wird von vielen gemacht. Wie immer wieder vorkommende Abbrüche auf der Insel Rügen zeigen, kann ein Abbruch lebensgefährlich für die Menschen werden. Warnschilder sollen die Besucher\*innen des Naturschutzgebietes der Halbinsel Devin davor warnen, dass die Kanten der Steilküste Gefahren bergen, auch wenn sie einen stabilen Eindruck vermitteln mögen.

**Titel: Einsatz von Dialog-Displays als Präventionsmaßnahme für Geschwindigkeitsüberschreitungen**

**Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 22.09.2020
Einreicher: Liebeskind, Michael	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, an welchen Standorten sogenannte Dialog Displays (Geschwindigkeitsanzeigetafeln mit Smileys) als präventive Maßnahme zur Einhaltung von Tempolimiten aufgestellt werden können und welche Kosten zur Errichtung anfallen. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf Standorte in der Nähe von Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen für Senioren gelegt werden.

Begründung: erfolgt mündlich

Michael Liebeskind  
CDU/FDP-Fraktion

**Titel: Bereitstellung finanzieller Mittel für die Hansetage 2028 in Stralsund**

**Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 22.09.2020
Einreicher: Bauschke, Stefan	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Möglichkeit besteht schon jetzt finanzielle Mittel für die Ausrichtung der Hansetage 2028 in Stralsund bereitzustellen und Rücklagen zu schaffen.

Begründung:

2028 wird die Hansestadt Stralsund Gastgeber der Hansetage sein. Um gut vorbereitet zu sein, ist es sinnvoll frühzeitig finanzielle Mittel für die Ausrichtung einzuplanen.

Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion

**Titel: Berufung eines weiteren Mitglieds in den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund**

**Einreicher: Peter Paul, Präsident der Bürgerschaft**

Federführung:	10.08 Büro des Präsidenten d. Bürgerschaft/Gremiendienst	Datum:	12.08.2020
Einreicher:	Paul, Peter Präsident der Bürgerschaft		

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Als Mitglied in den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund wird Herr Rainer Giese berufen.

Begründung:

Die Neubesetzung des Seniorenbeirates erfolgte aufgrund der Kommunalwahl vom 26.05.2019 durch die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 26.09.2019. Weitere Mitglieder wurden durch die Bürgerschaft in ihren Sitzungen am 07.11.2019 und 05.03.2020 berufen. Von möglichen 30 Mitgliedern besteht der Seniorenbeirat aktuell aus 23 Mitgliedern, entsprechend sind 7 Plätze vakant. Der vorgeschlagene Kandidat hat sich um die Mitarbeit beworben und erfüllt die Voraussetzungen zur Berufung in den Beirat.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Peter Paul

# TOP Ö 9.16



Anträge  
Vorlage Nr.: AN 0156/2020  
öffentlich

**Titel: Wahl eines Vertreters in den Ausschuss für Stadtmarketing**

**Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 21.09.2020
Einreicher: Zabel, Ronald, Dr. med.	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Daniel Ruddies wird als Vertreter in den Ausschuss für Stadtmarketing gewählt.

Begründung:

Der Platz im Ausschuss ist vakant.

Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion